

Förderprogramme für Umwelt und Energie in ausgewählten europäischen Ländern

In Kooperation mit:

EnergieAgentur.NRW 



Einführung

Umwelttechnik und Energiewirtschaft gehören zu den stärksten Branchen in Nordrhein-Westfalen. Neben international tätigen Großunternehmen sind zahlreiche kleine und mittlere Produktions-, Entwicklungs- und Dienstleistungsbetriebe in diesen Sektoren tätig. Allein in der regenerativen Energiewirtschaft beschäftigen rund 3.200 Unternehmen insgesamt 21.200 Mitarbeiter, wie eine aktuelle Studie des Internationalen Wirtschaftsforums Regenerative Energien (IWR) belegt. Im August 2009 wurde das Landescluster EnergieRegion.NRW gegründet, in dem bereits jetzt 3.300 Firmen und Institutionen zusammengeschlossen sind. Beachtlich ist, dass Nordrhein-Westfalen im Bereich Umweltechnologien mit einem Jahresumsatz von rund 45 Mrd € das erfolgreichste Bundesland Deutschlands ist.

Die weltweiten Märkte für Umwelttechnik und Energiewirtschaft bieten ein erhebliches Zukunftspotenzial mit hoher Wachstumsdynamik. In Europa erhalten der Energie- und der Umweltsektor kräftige Impulse durch die Klimaschutz- und Energiepolitik der Europäischen Union. Im Rahmen der EU-Förderung durch Strukturfonds haben die europäischen Länder viele nationale und regionale Förderprogramme aufgelegt, die auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz ausgerichtet sind. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen erhalten dadurch die Chance, über Projektförderung und Teilnahme an Ausschreibungen am Wachstum der Energie- und Umweltbranchen zu partizipieren.



Die vorliegende Publikation möchte Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen dabei unterstützen, sich ihrer Chancen auf dem europäischen Markt für Energie und Umwelt stärker bewusst zu werden. Für ausgewählte europäische Länder werden die wichtigsten Förderprogramme zur Finanzierung von Investitionen in verschiedenen Teilmärkten des Energie- und des Umweltsektors dargestellt. Nicht berücksichtigt wurden besondere gesetzliche Vorgaben, wie zum Beispiel Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien oder steuerliche Regelungen.

Wesentliche Auswahlkriterien für die vorgestellten Länder waren die Ausprägung der branchenspezifischen Förderung und die vorhandenen Marktpotenziale für Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen. In den präsentierten Ländern bestehen Wachstumspotenziale in unterschiedlichen Teilmärkten der Energie- und Umweltsektoren.

Einige Beispiele mögen dies illustrieren:

- Unternehmen der in Nordrhein-Westfalen bedeutenden Wasserwirtschaft haben gute Chancen, am Aufbau der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in Rumänien und Bulgarien teilzunehmen. Zudem werden in diesen beiden Ländern ebenso wie in Polen Anlagen und Systeme zur Abfallentsorgung stark nachgefragt – ein Wirtschaftszweig, der in Nordrhein-Westfalen ebenfalls gut positioniert ist.
- In Frankreich gibt das umfangreiche Umweltprogramm „Grenelle de l’Environnement“ der Umwelt- und Energiewirtschaft kräftige Impulse. Anbieter von Kraftwerkstechnik können sich hier zum Beispiel an Ausschreibungen zum Bau von Solar- oder Windkraftanlagen beteiligen.



- Große Absatzchancen für Solar- und Windkrafttechnik aus Nordrhein-Westfalen bestehen auch in Italien und Spanien. Die Entwicklung und der Ausbau von Anlagen zur Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen stehen in diesen Ländern im Zentrum der Programme.
- Gleiches trifft auch auf die Türkei zu. Mit der Türkei verbindet die nordrhein-westfälische Energiewirtschaft enge Beziehungen, die weiter ausgebaut werden können.
- Nicht zuletzt ist in allen vorgestellten Ländern eine steigende Nachfrage nach energieeffizienten, modernen Ausrüstungen sowohl in der Industrie auch als im Gebäudemanagement zu erwarten – dies aufgrund gezielter Förderungen sowie wachsender Anforderungen an die technischen Standards.

Unsere Publikation erhebt nicht den Anspruch auf eine vollständige Darstellung der Förderprogramme, denn diese sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Wir haben uns darauf beschränkt, exemplarisch Programme für einzelne Regionen vorzustellen. Jedes Länderkapitel schließt mit einem Überblick über wichtige Kontakte und Informationsquellen vor Ort ab. Dort kann gezielt nach weiteren Förderangeboten recherchiert werden.

Wir möchten mit dieser Broschüre nordrhein-westfälische Unternehmen aus der Energie- und Umweltbranche ermutigen, ihre Chancen in wichtigen Auslandsmärkten zu nutzen. Gern stehen das Beratungszentrum Ausland der NRW.BANK und die EnergieAgentur.NRW als Ansprechpartner für Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung.

Dietmar P. Binkowska
Vorsitzender des Vorstands der NRW.BANK



EnergieRegion.NRW – Partner für ein energieeffizientes Europa



Nordrhein-Westfalen ist Europas modernste und bedeutendste Energieregion. Nirgendwo ist die wirtschaftliche Bedeutung von Energie verbrauchender und anbietender Wirtschaft, von Anbietern und Nutzern neuer Energietechniken sowie Energiedienstleistungen, von Energieforschung und Energietechnologieentwicklung so stark ausgeprägt und vernetzt wie an Rhein und Ruhr. Zugleich ist Nordrhein-Westfalen die Energieregion Nr. 1 in Deutschland. So liefert dieses Bundesland 30% der Stromversorgung für Deutschland und rund 40% des deutschen Industriestroms werden hier verbraucht. Eine Viertelmillion Menschen arbeitete 2007 in der Energiewirtschaft.

Eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Unternehmen ist insbesondere in der Energiebranche nur möglich, wenn alle in dieser Branche Tätigen (Politik, Wirtschaft, Forschung, Finanzen) in Clustern (Netzwerken) zusammenarbeiten, dies auch zunehmend international. Daher wurden die Aktivitäten zur Entwicklung im NRW-Leitmarkt Energie in zwei Exzellenzclustern gebündelt – dem Energiewirtschaftscluster EnergieRegion.NRW und dem Cluster EnergieForschung CEF.NRW. Die Cluster bilden die Plattform für die Kooperation von Unternehmen, Wissenschaftlern und kommunalen Akteuren entlang der industriellen Wertschöpfungsketten. Ziel ist es, auch in Zukunft die Energieregion Nr. 1 zu bleiben und Nordrhein-Westfalen als exzellenten Energiestandort und Dienstleister beziehungsweise Lieferanten im Bereich Energietechnologie national und international sichtbar zu machen. Dabei haben zunächst folgende Themen eine große Bedeutung: Kraftwerkstechnik, Brennstoffzelle und Wasserstoff, Biomasse, energieeffizientes und solares Bauen, Geothermie, Kraftstoffe und Antriebe der Zukunft, Photovoltaik sowie Windenergie.

Die Entwicklungen in der Energiewirtschaft und in der Energieforschung sind heute international ausgerichtet. Internationale Partnerschaften, Kooperationen und Märkte sind wichtige Bestandteile der Energiebranche. Insbesondere die europäischen Märkte unter dem Dach der europäischen Klimaschutz- und Energiepolitik und der damit verbundenen EU-Strukturförderung bieten große Chancen für die Unternehmen und für die Wissenschaft. Mit einer Vielzahl von nationalen und regionalen Strukturförder- und Entwicklungsprogrammen im Energiebereich erhalten insbesondere KMUs die Möglichkeit, Technologien und Dienstleistungen weiter zu entwickeln und in neue Absatzmärkte zu liefern.

Als Partner im Netzwerk bei NRW.Europa haben wir daher das Beratungszentrum Ausland der NRW.BANK gerne bei dieser Publikation unterstützt. Wir sehen darin ein Instrument, die Außenwirtschaftsstrategien und -entwicklungen der Unternehmen und Hochschulen zu begleiten und durch die Informationen zu Förderprogrammen, Ansprechkontakten und Institutionen zu unterstützen.

Mit dem Energiewirtschaftscluster EnergieRegion.NRW und dem Cluster EnergieForschung CEF.NRW unterstützen wir die internationalen Marktentwicklungen der Unternehmen und Hochschulen und stehen mit anderen Netzwerkpartnern bei NRW.Europa als Ansprechpartner gerne zur Verfügung.

Dr. Frank-Michael Baumann
Geschäftsführer der EnergieAgentur.NRW und
Manager der Cluster EnergieRegion.NRW sowie EnergieForschung.NRW

Die Broschüre zeigt den nordrhein-westfälischen Unternehmen Chancen in ausgewählten wachstumsstarken Energiemärkten auf.

Inhaltsverzeichnis

- 8–13 Energie- und Umweltförderung in europäischen Ländern – Chancen für nordrhein-westfälische Unternehmen**
- 14–25 Förderprogramme für Umwelt und Energie in Bulgarien**
- 26–39 Förderprogramme für Umwelt und Energie in Frankreich**
- 40–51 Förderprogramme für Umwelt und Energie in Italien**
- 52–63 Förderprogramme für Umwelt und Energie in Polen**
- 64–73 Förderprogramme für Umwelt und Energie in Rumänien**
- 74–87 Förderprogramme für Umwelt und Energie in Spanien**
- 88–99 Förderprogramme für Umwelt und Energie in der Türkei**

Die thematischen Programme der Europäischen Union für Energie und Umwelt	100–105
NRW.Europa – Das Enterprise Europe Network in Nordrhein-Westfalen	106–107
NRW.BANK.Ausland – Förderung für die Außenwirtschaft	108–109
EnergieAgentur.NRW – Dienstleister des Landes NRW für alle Energiefragen	110–111
Quellen	112–113
Impressum	114–116

Energie- und Umweltförderung in europäischen Ländern – Chancen für nordrhein-westfälische Unternehmen

Klimaschutz und nachhaltige Energiequellen werden in Europa immer wichtiger. Darauf reagiert die Europäische Union mit einem Klima- und Energiepaket.

Eine nachhaltige Entwicklung im Energiesektor und ein wirksamer Klimaschutz gehören zu den strategischen Zielen der Europäischen Union, die in der Lissabon- und Göteborg-Strategie von 2000/2001 verankert sind. Das 6. Umweltaktionsprogramm der EG 2002–2012 (6. UAP) definiert die Abwehr der Klimaveränderung, die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und die Abfallbewirtschaftung als Ziele europäischer Umweltpolitik. Angesichts der dramatischen Klimaveränderungen und der hohen Abhängigkeit europäischer Länder von Energieimporten sowie durch die internationalen Klimaschutzverpflichtungen der EU haben Energiepolitik und Klimaschutz weiter an Bedeutung gewonnen. Im Dezember 2008 beschloss das Europäische Parlament ein weitreichendes und umfassendes Klima- und Energiepaket, das die im März 2007 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union festgelegten Ziele zum Klimaschutz bekräftigt.

Kernelemente der Klimaschutz- und Energiepolitik der Europäischen Union sind die Senkung der Treibhausgasemissionen um 20%, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf 20% der Energieproduktion und die Verbesserung der Energieeffizienz um ebenfalls 20% bis zum Jahr 2020.

Die Umsetzung der Ziele regeln die EU-Mitgliedstaaten jeweils selbst.

Die europäische Energie- und Umweltförderung ist auf die Verwirklichung dieser Ziele ausgerichtet. Eine Reihe von Richtlinien und Verordnungen definieren Vorgaben für Standards, wie zum Beispiel die EU-Deponierichtlinie, die EU-Wasserrahmenrichtlinie oder die EU-Richtlinie zur Nutzung erneuerbarer Energien. Den einzelnen EU-Mitgliedstaaten obliegt es, diese Richtlinien mittels geeigneter nationaler Maßnahmen und Programme für die nachhaltige Energieentwicklung und den Umweltschutz umzusetzen.

Im Energiebereich gehören Einspeiseverordnungen oder -regelungen zu den häufigsten Instrumenten, mit denen die Energieerzeugung aus nachhaltigen Quellen angeregt wird. In vielen Ländern bestehen zudem steuerliche Anreize zur ressourcenschonenden Produktion und zum Umweltschutz.

Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch 2005 und 2020

	2005	Ziel 2020
Bulgarien	9,4%	16%
Frankreich	10,3%	23%
Italien	5,2%	17%
Polen	7,2%	15%
Rumänien	17,8%	24%
Spanien	8,7%	20%
EU gesamt	8,5%	20%

Quelle: Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien, Anhang I, Amtsblatt der EU, 5. Juni 2009



Wir stehen Unternehmen zur Seite

EU-Strukturfonds als wesentliche Finanzierungsquelle

Der EFRE und der Kohäsionsfonds stellen 2007–2013 insgesamt rund 78 Mrd € für Energie, Umwelt- und Risikoschutz bereit.

Bei der Finanzierung von Investitionsvorhaben im Energie- und Umweltbereich sind die EU-Strukturfondsprogramme für die Regionalentwicklung von Bedeutung. Energie und Umwelt bilden einen wichtigen Schwerpunkt in den nationalen und regionalen Förderprogrammen (den sogenannten Operationellen Programmen, OP). Diese Programme werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und/oder dem Kohäsionsfonds sowie aus nationalen Mitteln finanziert. Aus beiden Fonds stehen von 2007 bis 2013 europaweit rund 78 Mrd € für Energie, Umwelt- und Risikoschutz zur Verfügung. Als Teil ihres Konjunkturpakets beschloss die Europäische Kommission im April 2009, den Einsatz von Strukturfondsmitteln für Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und für Investitionen in erneuerbare Energien auch in der Wohnungswirtschaft zu erleichtern.

Beim Aufbau einer umweltgerechten Infrastruktur besteht vor allem in den noch schwächer entwickelten EU-Mitgliedstaaten in Südost- und Mittelosteuropa großer Nachholbedarf. Hier werden Mittel aus dem Kohäsionsfonds eingesetzt, um Projekte in den Bereichen Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und -entsorgung sowie Energiewirtschaft umzusetzen. Dazu gehören zum Beispiel der Bau oder die Modernisierung von Abfallverwertungsanlagen oder Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Die Operationellen Programme enthalten konkrete Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung der EU-Ziele.

Die Fördermittel der EU sind bei den nationalen und regionalen Programmen zur nachhaltigen Entwicklung von Umweltschutz, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Ländern wichtig. Viele Operationelle Programme für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit beinhalten konkrete Maßnahmen, die energie- und umweltrelevante Investitionen von Unternehmen unterstützen. Gefördert werden beispielsweise die Anschaffung von Maschinen und Anlagen, die zum Einsparen von Energie führen, aber auch konkrete Projekte zur Verbesserung des Produktionsprozesses unter umwelt- und energiepolitischen Aspekten.

Öffentliche Fördermittel in den Regionen – Chancen für Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen

Die Energie- und Umweltschutzpolitik auf europäischer und nationaler Ebene trägt wesentlich dazu bei, dass sich die Märkte für Umwelt- und Energietechnik dynamisch entwickeln. Für Anbieter von Umwelttechnik, Energieanlagenbauer oder für Dienstleister der Entsorgungs- und Wasserwirtschaft aus Nordrhein-Westfalen bestehen gute Chancen, von diesem Wachstum zu profitieren. Für die Zulieferindustrie sowie für Planungs- und Konstruktionsbüros in der Wasserwirtschaft und Umwelttechnik ergeben sich interessante Geschäftsmöglichkeiten bei den großen Infrastrukturprojekten, die mit EU- und nationalen Mitteln finanziert werden. Aus dem Bedarf nach Modernisierung industrieller Anlagen und nach Investitionen in neue, umweltgerechte und energieeffiziente Maschinen und Ausrüstungen ergeben sich auch für kleine und mittlere Unternehmen interessante Marktpotenziale. Dies gilt vor allem für die Bereiche Technologietransfer und Beratungsleistungen sowie für die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen.

Die Entwicklung der nationalen und regionalen Förderprogramme aus den EU-Strukturfonds erfolgt auf der Basis sogenannter Nationaler Strategischer Rahmenpläne. Dementsprechend werden auch die Finanzmittel über nationale und regionale Verwaltungs- und Kontaktstellen vergeben. Bei Infrastrukturmaßnahmen fließen die Finanzmittel in der Regel an kommunale Einrichtungen, Gebietskörperschaften und sonstige staatliche Institutionen, die für die Umsetzung der Projekte Ausschreibungen durchführen. Unternehmen können dann als Zulieferer, Dienstleister oder in Konsortien mit anderen Unternehmen von den Fördermitteln profitieren.

Besonders Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen können in den europäischen Markt für Umwelt- und Energietechnik einsteigen und an dessen Wachstum teilhaben.

Staatliche Institutionen sind Ansprechpartner und führen die Ausschreibungen durch.

Unternehmen sollten sich frühzeitig informieren, da die Fristen zur Antragstellung oft kurz sind.

Größere Ausschreibungen können bei der europäischen Datenbank TED abgerufen werden (Tender Electronic Daily – <http://ted.europa.eu>). In Deutschland informiert darüber hinaus die Datenbank der Germany Trade and Invest GmbH über solche Ausschreibungen (www.gtai.de). Da an die einzureichenden Unterlagen hohe Anforderungen gestellt werden und die Fristen in der Regel eng gesetzt sind, ist das frühzeitige Einholen von Informationen bei den öffentlichen Auftraggebern wesentlich für einen erfolgreichen Antrag.

Die Zuschüsse können bis zu 80% der Gesamtkosten betragen.

Anträge auf Zuschüsse oder zinsgünstige Darlehen, beispielsweise für Investitionen in neue, energieeffiziente Maschinen und Anlagen, sind von den Unternehmen bei den vor Ort zuständigen Stellen einzureichen. Bei einigen Programmen gibt es zu bestimmten Themen regelmäßig Aufrufe zum Einreichen von Projektvorschlägen. Andere Programme wiederum werden im laufenden Antragsverfahren abgewickelt, bis das vorgesehene Budget verbraucht ist. Das Verfahren bei Zuschussprogrammen, die aus EU- und nationalen Mitteln finanziert sind, kann aufwändig und langwierig sein. Allerdings sind die Zuschüsse zum Teil erheblich und erreichen – je nach Programm – bis zu 80% der Gesamtkosten. Die Grundlage der Zuschussförderung bilden die 2008 von der Europäischen Kommission verabschiedeten Leitlinien für staatliche Beihilfen zum Umweltschutz, die unter anderem Förderhöchstgrenzen für energie- und umweltrelevante Investitionen von Unternehmen definieren (vgl. Amtsblatt C82 vom 1. April 2008).

Bei größeren Umwelt- und Energieprojekten bieten die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) finanzielle Unterstützung an. So gewährte die EIB im Jahr 2008 für Energieprojekte Darlehen in einer Höhe von insgesamt 8,6 Mrd €. Im Rahmen ihrer Sustainable Energy-Initiative finanzierte die EBWE im Jahr 2008 mit insgesamt 983 Mio € Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien in verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas und Zentralasiens. Seit der Gründung der Initiative 2006 wurden rund 2,7 Mrd € von der EBWE in diese Bereiche investiert.

Auch die EIB und die EBWE stellen Förderungen für Umwelt- und Energieprojekte bereit.

Nicht zuletzt gibt es nationale Finanzierungsangebote für Unternehmen. Dazu gehören zinsgünstige Darlehen sowie Fonds mit staatlicher Beteiligung zur Finanzierung von Maßnahmen zur Energieeffizienz oder Umwelt. Die nationalen Programme beziehungsweise regionalen Maßnahmen werden zumeist von Energie- oder Umweltagenturen koordiniert. Zusätzlich werden weitere Beratungen und Informationen zu den Themen Energie und Umwelt angeboten.

Förderprogramme für Umwelt und Energie in Bulgarien



Umwelt



Energie



Kontakte/Links

Der Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2007 stellte Bulgarien vor große Herausforderungen, vor allem in den Bereichen Umweltschutz, Abfall- und Wasserwirtschaft sowie Energieversorgung. Hier besteht ein hoher Bedarf an Investitionen, um die EU-Richtlinien und EU-Normen umzusetzen.

Das aus EU-Strukturfondsmitteln und nationalen Mitteln finanzierte Operationelle Programm Umwelt setzt daher besondere Schwerpunkte in der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft.

In den ländlichen Gebieten Bulgariens werden Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen eingesetzt. Darüber hinaus gibt es eine Reihe nationaler Förderinstrumente, die Projekte in den Bereichen Umwelt und Energie unterstützen.



Umwelt

Von 2007 bis 2013 stehen für Bulgarien aus den EU-Strukturfonds insgesamt 6,7 Mrd € zur Verfügung. Das Operationelle Programm (OP) Umwelt ist eines von insgesamt sieben Operationellen Programmen, die aus diesem Budget finanziert werden. Einschließlich nationaler Mittel beträgt das Gesamtbudget des OP Umwelt circa 1,8 Mrd €.

Damit ist dieses Programm nach dem OP Transport das zweitgrößte EU-finanzierte Förderprogramm Bulgariens in der laufenden Förderperiode. Zentrale Ziele sind die Verbesserung, Bewahrung und Wiederherstellung der natürlichen Umwelt und die Entwicklung der Umwelt-Infrastruktur.

Wasser- und Abwasserwirtschaft

Die bulgarische Wasserwirtschaft hat erheblichen Investitionsbedarf. Aufgrund des veralteten Trinkwassernetzes betragen die Trinkwasserverluste 2004 bis zu 50%.

Bis Ende 2004 waren nur 70% der Bevölkerung an die öffentliche Kanalisation angeschlossen. Kommunale Abwassersysteme und Kläranlagen versorgten bis dahin nur knapp 42% der Bevölkerung. Diese Quote soll bis zum Ende der aktuellen Förderperiode im Jahr 2013 auf rund 66% angehoben werden.

Das Operationelle Programm Umwelt ist mit 1,8 Mrd € ausgestattet.

Zielquote bis 2013: 66% der Bevölkerung erhalten Anschluss an die kommunale Abwasserentsorgung.

Für die notwendigen Investitionen sind circa 1,3 Mrd € vorgesehen. Damit bekommen zum Beispiel 430 Gemeinden eine moderne Wasserversorgung.

Für den Ausbau der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung stehen rund 70% der gesamten Mittel aus dem OP Umwelt zur Verfügung (circa 1,3 Mrd €). 20% davon werden von der bulgarischen Regierung übernommen. Damit sollen die europäische Wasserrahmenrichtlinie und die Richtlinie zur Behandlung städtischer Abwässer in den bulgarischen Städten und Gemeinden bis 2014 stufenweise umgesetzt werden. Insgesamt wurden 430 Gemeinden und Siedlungen identifiziert, in denen mit den Mitteln des OP Umwelt die Abwasser-Infrastrukturen neu errichtet oder modernisiert werden sollen.

Zusätzlich werden mit den Mitteln des OP Umwelt Maßnahmen zur Beseitigung von Trinkwasserverlusten in bestehenden Leitungsnetzen sowie Projekte zur Entwicklung von Fluss-Management-Plänen und zur Prävention von Naturkatastrophen finanziert.

Beispiele für Ausschreibungen

Projekt	Dienstleistungsauftrag – Abfallanalyse	Bauftrag – Bauarbeiten für Wasser- und Abwasserrohrleitungen und Bauarbeiten zur Sanierung von Wasserhauptleitungen
Ort	Panagyurishte	Sliven
Budget	1,04 Mio BGN (ca. 530.000 €)	24,9 Mio €
Förderprogramm	OP Umwelt	OP Umwelt
Quelle	Tenders Electronic Daily, http://ted.europa.eu , Nr. 2009/S 148-216984, 13. August 2009	Tenders Electronic Daily, http://ted.europa.eu , Nr. 2009/S 95-135635, 13. August 2009

Jährlich werden nationale Arbeitsprogramme zur Umsetzung des OP Umwelt entwickelt. Das Arbeitsprogramm für das Jahr 2009 sieht beispielsweise vor, dass Kommunen über 10.000 Einwohner, sofern sie entsprechende Projektpläne vorlegen, bis zu 333 Mio € aus diesem Programmschwerpunkt abrufen können.

Abfallwirtschaft

Der zweite Schwerpunkt des OP Umwelt dient der „Verbesserung und Entwicklung der Abfallentsorgungsinfrastrukturen“. Dafür werden über 367 Mio € bereitgestellt, 15% davon stammen aus nationalen Mitteln.

Der Aufbau und die Entwicklung einer modernen Abfallwirtschaft sind ebenfalls große Herausforderungen für Bulgarien. Das Land ist nach wie vor einer der größten Abfallproduzenten der EU. Eine Ursache dafür sind veraltete Methoden zur Abfallbeseitigung, die den europäischen Richtlinien nicht entsprechen. So ist die Deponierung die übliche Methode der Abfallbehandlung. Eine umfassende Mülltrennung und die anschließende Aufbereitung der Wertstoffe sind kaum vorhanden. Um die Vorgaben der EU-Deponierichtlinie künftig erfüllen zu können, wird Bulgarien in den kommenden Jahren verstärkt in die Modernisierung der Deponien und in eine verbesserte Abfallbehandlung inklusive Recycling investieren müssen. Vor diesem Hintergrund sehen die politischen Rahmenpläne Bulgariens bis zum Jahr 2020 die Reduzierung biologisch abbaubarer Abfälle um 65% noch vor der Deponierung vor.

Mit den Mitteln aus dem OP Umwelt will Bulgarien die Vorgaben europäischer Richtlinien, insbesondere der Abfall- und der Deponierichtlinie, umsetzen. Neben Vorhaben zur Abfallvermeidung, zur besseren Abfallverwertung, zum Recycling und zur Deponierung soll auch die Energiegewinnung aus Abfall initiiert und ausgebaut werden.

In jährlichen Arbeitsprogrammen werden Projekte und Budgets für Kommunen festgelegt.

Für die Modernisierung der bulgarischen Abfallentsorgung werden 2007–2013 über 367 Mio € bereitgestellt.

Vorrangige Ziele des OP Umwelt sind die Reduzierung der Abfalldeponierung und der Aufbau von Mülltrennung und Recycling.

Bis Juli 2009 wurden 76 alte Deponien geschlossen und 53 neue Abfallentsorgungssysteme aufgebaut.

Das jährliche Arbeitsprogramm umfasst für 2009 ein Mittelvolumen von 188 Mio € allein für die Schließung von Deponien. Für die Entwicklung von Systemen zum Abfallmanagement stehen in 12 Regionen Bulgariens rund 250 Mio € an Zuschüssen bereit.

Die Kommunen sind aufgefordert, entsprechende Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Beispielsweise wurden bis Mitte Juli 2009 76 bestehende Deponien geschlossen. Gleichzeitig entwickelte das Land 53 neue Abfallentsorgungseinrichtungen (davon sind 30 bereits in Betrieb und 23 befinden sich im Aufbau – Stand Juli 2009).

Antragsverfahren für das OP Umwelt

Die Projekte werden öffentlich ausgeschrieben. Die Durchführung liegt in der Verantwortung des jeweiligen Mittelempfängers.

Im jährlichen Arbeitsprogramm werden die in Planung befindlichen Projekte angezeigt. Die Projekte werden zumeist öffentlich ausgeschrieben. Empfänger der Mittel sind in der Regel Kommunen und kommunale Organisationen, Unternehmen der Wasserversorgung und -entsorgung sowie die Direktionen für Binnengewässer und Flussmanagement auf regionaler Ebene. Die Mittelempfänger sind verantwortlich für die Entwicklung und Durchführung der erforderlichen Infrastruktur-Maßnahmen und für die zugehörigen öffentlichen Ausschreibungen.

Das bulgarische Umweltministerium bietet Beratung und Unterstützung für Antragsteller an.

Zulieferer und Dienstleistungsunternehmen sollten sich frühzeitig über die geplanten Vorhaben informieren, um nach der Bekanntgabe einer Ausschreibung (national oder europaweit) oder eines Projektauftrags (i. d. R. nur auf nationaler Ebene) entsprechend reagieren zu können. Ausschreibungen und Aufrufe werden – auch auf Englisch – auf der Webseite des bulgarischen Umweltministeriums veröffentlicht. Das Ministerium bietet zudem Beratung und Unterstützung für Antragsteller an. Ansprechpartner für diese Ausschreibungen sind auf der Webseite des Ministeriums verzeichnet (<http://ope.moew.government.bg/en/info>). Mit der Umsetzung des OP Umwelt wurde erst Anfang 2009 begonnen, sodass perspektivisch mit vermehrten Ausschreibungen zu rechnen ist.

Alle aktuellen Ausschreibungen für Infrastrukturen und Dienstleistungen werden in bulgarischer Sprache durch die Agentur für öffentliche Aufträge (www.aop.bg) veröffentlicht. Ausschreibungen für größere Projekte (> 206.000 € für Lieferungen und > 5.150 T€) erfolgen zudem europaweit über die europäische Datenbank TED (<http://ted.europa.eu/>) und im bulgarischen Gesetzblatt „Darzhaven vestnik“ (<http://dv.parliament.bg>). Einzelne Ausschreibungen veröffentlicht auch die Germany Trade and Invest GmbH (www.gtai.de).

EMEPA – Staatliche Exekutivagentur für Umweltschutz

Die Förderung von Umweltprojekten zur Umsetzung der nationalen und kommunalen Umweltschutzstrategien erfolgt nicht nur über das OP Umwelt, sondern auch über die Agentur EMEPA (Enterprise for the management of the environment protection activities) – auf Bulgarisch PUDOOS. Es handelt sich um eine staatliche Exekutivagentur des bulgarischen Umweltministeriums, die im Jahr 2003 als Nachfolgerin des „National Environment Protection Fund“ gegründet worden ist. EMEPA stellt Zuschüsse und zinsfreie beziehungsweise zinsgünstige Darlehen für Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen bereit.

Es werden Projekte gefördert, die sich beispielsweise der Mülltrennung, dem Abfallrecycling oder dem Erwerb geeigneter Maschinen zur Müllsammlung und dem Mülltransport widmen. Auch Projekte zur Verringerung der Luftverschmutzung stehen im Fokus der EMEPA. Weitere Informationen sind auf der Internetseite des Umweltministeriums abrufbar (www.moew.government.bg).

Über EMEPA werden Maßnahmen zur Trennung und zum Recycling von Abfall oder zur Reduzierung der Luftverschmutzung finanziert.

NTEF – National Trust EcoFund

Seit 1995 hat der NTEF Umweltschutzprojekte mit insgesamt 130 Mio € unterstützt.

Der National Trust EcoFund NTEF wurde 1995 auf der Basis eines Staatsvertrags zwischen Bulgarien und der Schweiz eingerichtet. Die Fondsmittel werden für Projekte eingesetzt, die den Schutz der Umwelt in Bulgarien als Schwerpunkt haben. Dazu gehören die Beseitigung von Altlasten im Umweltbereich wie die Kontamination von Liegenschaften oder Trinkwasserunreinigungen, die Reduzierung der Luftverschmutzung, die Wasserreinhaltung (Donau, Schwarzes Meer) und der Schutz der biologischen Vielfalt in Naturschutzgebieten. Kommunen und kommunale Einrichtungen sowie Unternehmen und andere Institutionen können Anträge auf Förderung direkt beim NTEF einreichen. Projekte können mit bis zu 30% bezuschusst werden. Mithilfe des NTEF wurden so bis Ende 2006 72 Projekte im Gesamtvolumen von 130 Mio € finanziert.



Energie

Die Nutzung alternativer Energiequellen ist ein Kernelement der bulgarischen Energiestrategie. Im Rahmen des Klimaschutz- und Energiepakets der EU hat sich Bulgarien dazu verpflichtet, den Anteil an erneuerbaren Energien an der Energieproduktion bis zum Jahr 2020 von 9% (2006) auf 16% zu steigern.

Die Förderung von Maßnahmen zur Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien ist ein Bestandteil des OP Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der bulgarischen Wirtschaft. Zudem wird die Förderung erneuerbarer Energien auch über das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes ermöglicht. Darüber hinaus bietet der bulgarische Energieeffizienzfonds eine Unterstützung für Unternehmen, die Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz einsetzen.

OP Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der bulgarischen Wirtschaft

Das OP bietet über die Achse 2.3 „Einführung energiesparender Technologien und erneuerbare Energien“ Fördermöglichkeiten für Unternehmen an. Dafür steht bis 2013 ein Budget von knapp 206 Mio € aus EU-Mitteln zur Verfügung.

Über die Maßnahme 2.3.1 „Einführung energiesparender Technologien“ können vor allem Kosten zur Durchführung von Energie-Audits in Unternehmen, Machbarkeitsstudien für den Einsatz energiesparender Technologien, Investitionen in die energetische Erneuerung und Modernisierung der Produktionsmittel sowie Investitionen in Energie- und Heizungssysteme gefördert werden. Das zur Verfügung stehende EU-Budget umfasst rund 166 Mio €.

Projekte werden über den nationalen Fonds zur Energieeffizienz, das EU-Strukturfondsprogramm zur Wettbewerbsfähigkeit und das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes gefördert.

Die Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen wird über die Maßnahme 2.3.2 gefördert. Dazu gehören neben der Durchführung von Machbarkeitsstudien und der Entwicklung von Umsetzungsplänen auch die entsprechenden Investitionen zur Einführung dieser Energiearten. Für diese Aktivitäten stellt die EU knapp 40 Mio € bereit.

Die Förderung erfolgt in der Regel über Zuschüsse, die im Rahmen von Projektaufrufen mit zeitlicher Befristung vergeben werden. Die Aufrufe werden auf der Webseite für das OP Wettbewerbsfähigkeit (www.opcompetitiveness.bg), auf Bulgarisch und in Auszügen auf Englisch, veröffentlicht.

Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes

Zur Förderung kleinerer Anlagen für erneuerbare Energien sind bis 2013 397 Mio € vorgesehen.

Das Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes wird aus den Mitteln des europäischen Landwirtschaftsfonds finanziert. Da weite Teile Bulgariens als ländliche Gebiete ausgewiesen sind, gilt dieses Programm in fast allen Gebieten des Landes. Von Interesse für Unternehmen ist besonders die Förderung kleinerer Anlagen für erneuerbare Energien über die Programmmaßnahmen 311 (Diversifizierung der Landwirtschaft) und 312 (Entwicklung von Kleinunternehmen). Damit werden Projekte für die Produktion und den Vertrieb von Energie aus erneuerbaren Energiequellen inklusive der Netzeinspeisung bis zu 70% bezuschusst. Der maximale Zuschussbetrag für ein Projekt beträgt 200.000 €, die maximal förderbaren Kosten liegen bei 1.000.000 €. Die Energiekapazität der Anlagen sollte hierbei 1 MW nicht übersteigen. Für beide Maßnahmen zusammen stehen im Zeitraum 2007 bis 2013 rund 397 Mio € zur Verfügung. Die Beantragung für diese Zuschüsse muss bei einem der 28 Regionalbüros der Zahlstelle des landwirtschaftlichen Staatsfonds beim Landwirtschaftsministerium erfolgen.

BEEF – Bulgarian Energy Efficiency Fund

Der Bulgarische Energieeffizienzfonds (BEEF) wurde unter Beteiligung der bulgarischen und österreichischen Regierung sowie der Global Environment Facility (GEF, Instrument der Weltbank) gegründet. Er bietet bulgarischen Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen finanzielle Unterstützung für Energieeffizienzmaßnahmen an. Dazu gehören zinsverbilligte Kredite, Kreditgarantien und Portfolio-Garantien. Unternehmen können über die angebotenen Instrumente Investitionen für eine verbesserte Energieeffizienz im Produktionsprozess sowie bei der Modernisierung von Gebäuden und Heizungssystemen durchführen. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Mittel ist ein detailliertes Energie-Audit. Damit muss nachgewiesen werden, dass die geplante Technologie bereits erprobt ist und die Projektkosten sich in der Regel zwischen BGN 30.000 und 3.000.000 (rund 15.000–1.500.000 €) bewegen. Der Eigenanteil des Projekts liegt bei einer Finanzierung über die Hausbank bei mindestens 10%, bei einer Direktfinanzierung über den BEEF bei mindestens 25%. Die Laufzeit der Kredite beträgt bis zu 5 Jahre. Neben den Finanzierungsinstrumenten unterstützt der Fonds auch die Entwicklung von Investitionsprojekten im Bereich Energieeffizienz.

Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen können beim BEEF zinsvergünstigte Kredite beantragen, um Maßnahmen zur Energieeffizienz durchzuführen.



Kontakte/Links

Ministry of Environment and Water

EU Funds for Environment

22, Maria Luiza Blvd.

1000 Sofia, Bulgarien

Tel. + 359 2 940-6557

Fax + 359 2 987-2355

E-Mail: ope@moew.government.bg

<http://ope.moew.government.bg/en>

Ministry of Economy, Energy and Tourism

8, Slavyanska Str.

1046 Sofia, Bulgarien

Tel. + 359 2 940-71

Fax + 359 2 987-2190

E-Mail: e-docs@mee.government.bg

www.mi.government.bg/eng

Ministry of Agriculture and Forestry

55, Hristo Botev Blvd.

1040 Sofia, Bulgarien

Tel. + 359 2 985-11-199

www.mzh.government.bg

Energy Efficiency Agency (nur in Bulgarisch)

37, Ul. Eksarh Josiph

1000 Sofia, Bulgarien

Tel. + 359 2 915-4010

Fax + 359 2 981-5802

E-Mail: office@seea.government.bg

www.seea.government.bg

BEEF Bulgarian Energy Efficiency Fund

4, Kuzman Shapkarev Str.

1000 Sofia, Bulgarien

Tel. + 359 2 81 000-80

Fax + 359 2 81 000-05

E-Mail: info@bgeef.com

www.bgeef.com

National Trust EcoFund

67 B, Shipchenski prohod Blvd.

1574 Sofia, Bulgarien

Tel. + 359 2 973-3637; + 359 2 973-3816

Fax + 359 2 973-3818

E-Mail: ecofund@ecofund-bg.org

<http://ecofund-bg.org>

Invest Bulgaria Agency

31, Aksakov Str.
1000 Sofia, Bulgarien
Tel. + 359 2 985-5500
Fax + 359 2 985-1320
E-Mail: iba@investbg.government.bg
www.investbg.government.bg

Bulgarian Small and Medium Enterprises Promotion Agency (BSMEPA)

1, Sveta Nedelia Sq.
1000 Sofia, Bulgarien
Tel. + 359 2 980-5069
Fax + 359 2 980-5869
E-Mail: office@sme.government.bg
www.sme.government.bg

Bulgarian Development Bank

1, Dyakon Ignatij Str.
1000 Sofia, Bulgarien
Tel. + 359 2 9306-333
Fax + 359 2 9306-321
E-Mail: office@bdbank.bg
www.bdbank.bg

Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer

25 A, F.J. Curie Str.
1113 Sofia, Bulgarien
Tel. + 359 2 81630-10
Fax + 359 2 81630-19
E-Mail: ahk-office@ahk-bg.org
<http://bulgarien.ahk.de>

Ausgewählte Partner im Enterprise Europe Network

ARC Fund – Applied Research and Communications Fund

5, Alexander Zhendov Str.
1113 Sofia, Bulgarien
Tel. + 359 2 973-3000
Fax + 359 2 973-3588
www.arcfund.net

Bulgarian Chamber Of Commerce And Industry

9, Iskar Str.
1058 Sofia, Bulgarien
Tel. + 359 2 980-2189
Fax + 359 2 988-5067
E-Mail: een@bcc.bg
www.bcci.bg

Links

Agentur für öffentliche Aufträge
www.aop.bg

**EU-Strukturfonds und
OP Wettbewerbsfähigkeit**
www.eufunds.bg
www.opcompetitiveness.bg

Förderprogramme für Umwelt und Energie in Frankreich



Umwelt



Energie



Kontakte/Links

Umweltschutz und erneuerbare Energien haben in Frankreich an Bedeutung gewonnen. Neben Aktivitäten aus den EU-Strukturfonds sieht vor allem das neue Umweltprogramm „Grenelle de l’Environnement“ umfangreiche Maßnahmen zur Förderung von Investitionen im Bereich Umwelt und Energie vor. Entwickelt wurde das Programm von der französischen Regierung gemeinsam mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Wissenschaftlern. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, sind Investitionen in Höhe von über 440 Mrd € geplant, die von 2009 bis 2020 umgesetzt werden sollen. Kernbereiche sind Hausbau (Sanierung und Neubau), Städtebau, Verkehrsinfrastruktur, Energie (inklusive Forschung), Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaft, Gesundheitsschutz und Risikovermeidung sowie Abfallmanagement. Der größte Anteil entfällt mit 192 Mrd € auf die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden. Mit 115 Mrd € hat der Bereich erneuerbare Energien das zweitgrößte Budget.

Kernbereiche: Grenelle de l’Environnement

- Gebäude
- Energie
- Landwirtschaft
- Abfall
- Stadtplanung
- Biodiversität
- Forschung
- Verantwortungsvolle Staatsführung
- Verkehr
- Wasser
- Risikoschutz und Gesundheit
- Verantwortungsbewusste Bürger
- Unterstützung der Übersee-Departements im Bereich Umwelt



EU-Strukturfonds

Frankreich erhält für den Zeitraum 2007 bis 2013 EU-Strukturfondsmittel in Höhe von 14,3 Mrd €. Diese Mittel fließen in insgesamt 36 – überwiegend regionale – Operationelle Programme (OP), die die Grundlage für eine Reihe regionaler und lokaler Fördermaßnahmen bilden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf speziellen Maßnahmen für den Umweltschutz, die nachhaltige Entwicklung der Regionen und die Bekämpfung des Klimawandels.

Beispiel Region Auvergne

Das Operationelle Programm Auvergne ist das regionale Programm für die gleichnamige französische Region. Es hat für den Zeitraum 2007 bis 2013 ein Gesamtbudget von 623 Mio € aus nationalen und EU-Mitteln. Rund 15% (circa 92 Mio €) stehen für die Priorität Umwelt zur Verfügung. Ziele sind eine bessere Nutzung der vorhandenen Naturressourcen sowie eine stärkere Strukturierung der Maßnahmen zum Umweltschutz.

Über dieses OP werden Projekte finanziert, die das Bewusstsein von Bevölkerung und Industrie hinsichtlich der natürlichen Ressourcen wecken oder der Renaturierung natürlicher Landschaftsräume dienen. Unterstützung kann auch für Unternehmen gewährt werden, die in der Umwelttechnik tätig sind oder Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung planen. Bis 2013 sollen so beispielsweise 75% aller Gewässer mit schlechter Wasserqualität gereinigt sein. Ein weiteres Ziel ist die Emissionsreduktion von Treibhausgasen um 10%.

Ansprechpartner für dieses Programm ist die Préfecture der Region Auvergne in Clermont-Ferrand.

Aus den EU-Strukturfonds gehen
14,3 Mrd € in 36 Operationelle Programme.

Beispiel Region Bretagne

Das Operationelle Programm Bretagne hat für die Förderperiode 2007–2013 ein Gesamtbudget von 878 Mio €, das sich aus nationalen und EU-Mitteln zusammensetzt. Das Programm bietet Unterstützung beim Kampf gegen die Klimaerwärmung und zur Erschließung der biologischen Vielfalt der Region Bretagne, sieht aber auch konkrete Maßnahmen zur Förderung des Umweltschutzes vor. Dazu gehören Themen wie Abfallvermeidung, Wiederverwertung und Kompostierung.

Die zuständige Verwaltungsbehörde ist die Préfecture der Region Bretagne mit Sitz in Rennes.

Andere französische Regionen haben Operationelle Programme mit ähnlichen Schwerpunkten und Prioritäten. Beispielsweise unterstützt die Region Burgund regionale Umweltschutznetzwerke und fördert umweltschonende Technologien, die Region Ile-de-France fördert die Einführung spezieller Systeme zum Umweltmanagement.

Grenelle de l'Environnement

Das Programm „Grenelle de l'Environnement“ umfasst eine nationale Strategie für Naturschutzgebiete und einen 5-Jahres-Plan.

Die im „Grenelle de l'Environnement“ verankerten Fördermaßnahmen für den Umweltbereich konzentrieren sich auf die Bewahrung der biologischen Artenvielfalt sowie die Erhöhung der Wasserqualität. Rund 23 Mrd € stehen für die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Ökosysteme zur Verfügung.

Geplant ist die Einführung einer nationalen Strategie für Naturschutzgebiete und eines 5-Jahres-Plans zur Erhaltung und Vermehrung von 131 Tier- und Pflanzenarten, die vom Aussterben bedroht sind. Darüber hinaus wird die wissenschaftliche Forschung zum Thema Umweltschutz gefördert.

Umfangreiche Maßnahmen sind auch für den Bereich Wasser geplant. So entsprechen beispielsweise 146 Kläranlagen, an die 18 Mio Einwohner angeschlossen sind (dies entspricht fast 25% der französischen Bevölkerung), nicht den Richtlinien für die Behandlung kommunaler Abwässer. Daher erhalten die Kommunen ein zusätzliches Budget von insgesamt 2 Mrd €, das in Form von zinsverbilligten Darlehen mithilfe des staatlichen Kreditinstituts „Caisse des Dépôts“ ausgereicht wird. Weitere Pläne sind der nachhaltige Schutz der Gewässer vor chemischer Verschmutzung, die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts und die Erneuerung undichter Wassernetze.

Auch im Abfallmanagement verfolgt die französische Regierung mit dem „Grenelle de l’Environnement“ ambitionierte Ziele. So soll beispielsweise die Recyclingquote für Haushaltsabfälle bis 2012 um 35% und bis zum Jahr 2015 um 45% erhöht werden. Für das Recycling im Bauwesen und in der Industrie ist eine drastische Steigerung geplant.

Beispiel einer Ausschreibung

Dienstleistungsauftrag	Behandlung und Beseitigung ungefährlicher Siedlungs- und anderer Abfälle, Orleans
Budget	1,8–2,7 Mio €
Quelle	Tenders Electronic Daily, http://ted.europa.eu , Nr. 2009/S 150-219904, 11. August 2009

Der Bereich Wasser ist ebenfalls ein Schwerpunkt mit einem zusätzlichen Budget von 2 Mrd € für die Kommunen.

Abfälle aus dem Haushalt sollen bis 2015 durch Recycling deutlich verringert werden.



Energie

Das größte Wachstum hat die regenerative Energiequelle Photovoltaik: 130% jährlich.

Im Jahr 2006 stammten rund 12% des gesamten privaten Stromverbrauchs in Frankreich aus erneuerbaren Energiequellen. Dabei hatte die Wasserkraft mit 91% den größten Anteil. Demgegenüber wurden Windkraft (3,5%) und die Energiegewinnung aus Holz (2,3%) nur gering genutzt. Die Energiequelle Photovoltaik drang zu diesem Zeitpunkt gerade erst in den Markt ein, verzeichnet jedoch seitdem ein Wachstum von durchschnittlich 130% pro Jahr – Tendenz steigend.

Laut der französischen Umwelt- und Energieagentur ADEME soll sich der Markt für Energieeffizienz und erneuerbare Energien bis zum Jahr 2012 auf 70 Mrd € verdoppeln. Diese Prognose basiert auf den erzielten Wachstumsraten und den im „Grenelle de l’Environnement“ vorgelegten Zielen.

EU-Strukturfonds

Die aus den EU-Strukturfonds finanzierten Operationellen Programme sehen ebenfalls die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz vor. Frankreich schließt sich dem europäischen Trend an und will bis zum Jahr 2015 die Endenergieintensität um 2% pro Jahr sowie die Treibhausgasemissionen um durchschnittlich 3% reduzieren.

Beispiel Region Auvergne

Im bereits erwähnten OP Auvergne stehen rund 8% des Gesamtbudgets (circa 52 Mio €) für die Priorität „Rationeller Energieeinsatz und Ausbau der erneuerbaren Energieträger“ zur Verfügung. Der Fokus liegt dabei auf energieeffizientem Verhalten von Bürgern und Unternehmen sowie auf Investitionen in regenerativen Energien. Ziel der Region Auvergne ist es, die Emission von Treibhausgasen bis 2013 um 10% zu verringern und den Anteil erneuerbarer Energieträger von 14 auf 20% zu erhöhen.

Beispiel Region Burgund

Auch die Region Burgund hat in ihrem OP den Schwerpunkt auf die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien gelegt. Das Programm ist für den Förderzeitraum 2007–2013 mit 700 Mio € ausgestattet, die sich aus nationalen und EU-Mitteln zusammensetzen. Damit sollen Unternehmen zu einer effizienten Energienutzung animiert werden, um so die Reduzierung von Treibhausgasen zu erreichen. Auf diese Weise könnten bis zum Jahr 2013 300.000 t CO₂-Ausstoß verhindert werden.

Die zuständige Verwaltungsbehörde ist die Préfecture in Dijon.

Fast alle französischen Regionen haben in ihre Operationellen Programme Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum vermehrten Einsatz regenerativer Energien aufgenommen. Dazu gehören beispielsweise die Entwicklung demonstrativer Energiesparprojekte (Elsass) oder die Gründung von 220 Unternehmen unter Berücksichtigung eines effizienten Energie- und Ressourceneinsatzes (Poitou-Charentes).

Die französische Regierung hat einen 50-Punkte-Plan geschaffen, um den Anteil erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020 auf 23% zu erhöhen.

Grenelle de l'Environnement

Das „Grenelle de l'Environnement“ widmet sich ebenfalls der Förderung erneuerbarer Energien. Rund 115 Mrd € sind innerhalb des Zeitraums 2009 bis 2020 dafür vorgesehen. Das Umweltprogramm verfolgt das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020 auf 23% zu steigern, was mehr als eine Verdoppelung des Anteils von 2005 bedeuten würde. Dies setzt eine Erhöhung der alternativen Quellen zur Energieversorgung um 20 Mio Erdöläquivalent voraus. Dafür hat die französische Regierung im Rahmen des „Grenelle de l'Environnement“ einen 50-Punkte-Plan aufgestellt, der diese Entwicklung voranbringen soll:

- **Förderprogramm zur Nutzung erneuerbarer Energien:** Mit einem mehrjährigen Programm zur besseren Nutzung erneuerbarer Energien sollen die verschiedenen Energiequellen (Biomasse, Erdwärme, Windkraft, Sonnenenergie und Wasserkraft) gefördert werden. So wird beispielsweise für die Sonnenenergie ein nationaler Plan entwickelt, der die Integration der Solarenergie im Gebäudebau stärkt.
- **„Fonds chaleur renouvelable“:** Hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich ein Plan zur Förderung des Einsatzes von Wärme aus erneuerbaren Energiequellen (überwiegend Biomasse), der mithilfe eines Fonds umgesetzt wird. Dieser Fonds ist für die nächsten drei Jahre mit 1 Mrd € ausgestattet und hat zum Ziel, die durch diese alternativen Quellen erzeugte Energie zu verfünffachen. Indem er Unternehmen und Kommunen finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt, können diese Energie zu günstigeren Konditionen anbieten als die Energie aus fossilen Brennstoffen. Ansprechpartner ist ADEME.

- **Ausschreibungen im Bereich Solar:** Bei der Solarenergie möchte Frankreich eine weltweit führende Rolle einnehmen und bis zum Jahr 2020 5.400 MW durch Solarenergie produzieren (2007: 13 MW). Dies entspricht einer Multiplikation um den Faktor 400. Zu diesem Zweck hat das Umweltministerium (Ministère de l'Écologie, de l'Énergie, du Développement durable et de la Mer) eine Ausschreibung über den Bau von mindestens je einem Solar-kraftwerk pro französischer Region bis zum Jahr 2011 veröffentlicht. Projektvorschläge können bis zum 21. Dezember 2009 bei der „Commission de la Régulation de l'Énergie“ eingereicht werden.
- **Forschung und Entwicklung:** Gefördert wird die Forschung und Entwicklung neuer Energietechnologien. Hierfür wird ebenfalls 1 Mrd € zur Verfügung gestellt. 400 Mio € davon fließen innerhalb der nächsten vier Jahre in einen Fonds, der speziell industrielle Demonstrationsprojekte fördern soll und gemeinsam mit ADEME entwickelt wurde. Es ist geplant, die Mittel über Ausschreibungen zu vergeben.

Weitere geplante Maßnahmen im Rahmen des „Grenelle de l'Environnement“ sind unter anderem der Bau zusätzlicher Wind- und Wasserkraftwerke. Weiterhin können Unternehmen für Investitionen im Energiebereich künftig verschiedene Steuererleichterungen in Anspruch nehmen. Außerdem werden Kommunen von festen Einkaufspreisen für Elektrizität profitieren, die aus erneuerbaren Energien stammt.

Frankreich baut Kompetenzzentren in die
Forschung und Entwicklung zum Thema
erneuerbare Energien mit ein.

Auch die französischen Kompetenzzentren („Pôles de Compétitivité“), die im Rahmen eines industriepolitischen Sonderprogramms im Jahr 2005 als themenbezogene Cluster gegründet wurden, sind am „Grenelle de l’Environnement“ beteiligt. So haben vier der insgesamt 71 Kompetenzzentren eine führende Rolle im Bereich Erneuerbare Energien übernommen: DERBI (Languedoc-Roussillon), S2E2 (Centre), Tenerrdis (Rhône-Alpes) und Capénergies (Provence-Alpes-Côte d’Azur). Geplant ist die Einrichtung eines nationalen Komitees zur Koordinierung der Aktivitäten und Aktionen im Bereich Erneuerbare Energien quer durch alle „Pôles de Compétitivité“. Darüber hinaus gibt es weitere Kompetenzzentren, die sich mit dem Schwerpunkt Entwicklung nachhaltiger Energiequellen beschäftigen.

Vergabeverfahren

Die Mittel aus den EU-Strukturfonds werden über die Präfekturen in den Regionen verwaltet. Auf deren Internetseiten werden Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht. Unternehmen können dort ihre Projektideen einreichen, die mit den Zielen des Operationellen Programms der Region übereinstimmen müssen. Eine Jury bewertet die Förderanträge und entscheidet anschließend über die Mittelvergabe.

Eine Übersicht über die Präfekturen ist auf der Internetseite des Innenministeriums zu finden: **www.interieur.gouv.fr/sections/a_l_interieur/les_prefectures/votre_prefecture/view**.

Das „Grenelle de l'Environnement“ bindet eine Reihe nationaler Akteure und Institutionen für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ein. Aus diesem Grund stehen für die unterschiedlichen Aktionsbereiche verschiedene Ansprechpartner bereit.

Die Gelder werden über Ausschreibungen und Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen vergeben. Diese werden beispielsweise auf den Internetseiten des Umweltministeriums unter **www.developpement-durable.gouv.fr** und auf den Seiten von ADEME unter **www.ademe.fr** bekannt gegeben.

Weitere Fördermöglichkeiten

Steuererleichterungen

Bereits im Januar 2005 wurde eine Steuergutschrift zur Förderung von Energieeinsparungen und erneuerbaren Energieträger eingeführt, die ein Jahr später ausgeweitet wurde. Investoren können einen Teil ihrer Ausgaben mit folgenden Sätzen von der Steuer abziehen:

- 50% für Anlagen zur Energieerzeugung, die eine erneuerbare Energiequelle verwenden, sowie für bestimmte Wärmepumpen,
- 40% für Kondensationsheizkessel und Materialien zur Wärmedämmung.

Zusätzlich bestehen weitere steuerliche Vergünstigungen, die sich beispielsweise auf die technische Ausstattung von Gebäuden beziehen.

Ansprechpartner ist das französische Wirtschaftsministerium (Ministère de l'Économie, de l'Industrie et de l'Emploi).

OSEO

Das staatliche Wirtschaftsförderinstitut OSEO ist 2005 durch die Fusion von BDPME (Förderbank für kleine und mittlere Unternehmen) und ANVAR (Innovationsförderagentur) entstanden. Zentrale Aufgabe von OSEO ist es, französische KMU sowie Mikrounternehmen zu unterstützen. Zu den Hauptförderinstrumenten von OSEO gehören zinsgünstige Kredite und Bürgschaften. Neben den Aufgabenfeldern Wirtschaftsförderung, Gründungs- und Wachstumsfinanzierung, Investitionsunterstützung und Entwicklungsförderung ist auch die Förderung von Umwelt- und Energieinvestitionen ein Schwerpunkt. OSEO ist dabei unter anderem in den Sektoren Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse sowie Recycling tätig und kofinanziert Investitionen. Die Kredite im Umwelt- und Energiebereich haben in der Regel Laufzeiten zwischen 10 und 15 Jahren.

ADEME

Die französische Umwelt- und Energieagentur ADEME bietet ebenfalls Unterstützung für Investitionen im Bereich Energie und Umwelt. Neben finanzieller und technischer Hilfe für Unternehmen, die Wert auf nachhaltiges Management und Umweltschutz legen, werden vor allem kleine und mittlere Unternehmen aus dem Bereich Recycling und Abfallwirtschaft unterstützt. Gefördert werden sowohl Investitionen als auch Demonstrationsprojekte. Im Bereich Energie will man die Energieeffizienz und die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien durch die Förderung von Forschung, Machbarkeitsstudien und Informationsvermittlung weiter voranbringen. Auch dies erfolgt durch technische und finanzielle Hilfen. Nähere Informationen gibt es unter www.ademe.fr.

OSEO fördert kleine und mittlere Unternehmen und Mikrounternehmen durch günstige Kredite, Bürgschaften oder die Kofinanzierung von Investitionen.

ADEME bietet Unterstützung für Unternehmen mit Projekten zum nachhaltigen Management und zum Umweltschutz an.



Kontakte/Links

ADEME – Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Énergie

Umwelt- und Energieagentur
20, avenue du Grésillé – BP 90406
49004 Angers Cedex 01, Frankreich
Tel. + 33 241 20-4120
Fax + 33 241 87-2350
www.ademe.fr

Ministère de l'Écologie, de l'Énergie, du Développement durable et de la Mer

Umweltministerium
Grande Arche
Tour Pascal A et B
92055 La Défense Cedex, Frankreich
Tel. + 33 1 4081-2122
www.developpement-durable.gouv.fr

Invest in France Agency

Königsallee 53–55
40212 Düsseldorf, Deutschland
Tel. + 49 211 5422-670
Fax + 49 211 5422-6723
E-Mail: germany@investinfrance.org
www.investinfrance.org

DIACT – Délégation interministérielle à l'aménagement et à la compétitivité des territoires

Raumordnungsbehörde
8, rue de Penthièvre
75800 Paris Cedex 08, Frankreich
Tel. + 33 1 40 65-1234
Fax + 33 1 43 06-9901
E-Mail: web@diact.gouv.fr
www.diact.gouv.fr

OSEO

27–31, avenue du Général Leclerc
94710 Maisons-Alfort Cedex, Frankreich

www.oseo.fr

CRE – Commission de Régulation de l'Énergie

Regulierungsbehörde für Energie
2, rue du Quatre-Septembre
75084 Paris Cedex 02, Frankreich

www.cre.fr

Deutsch-Französische Industrie- und Handelskammer

18, rue Balard
75015 Paris, Frankreich
Tel. + 33 1 40 58-3535
Fax + 33 1 45 75-4739

E-Mail: info@francoallemand.com
www.francoallemand.com

Ausgewählte Partner im Enterprise Europe Network

OSEO

www.oseo.fr

Chambre de Commerce et d'Industrie de Paris

Industrie- und Handelskammer Paris
27 Avenue de Friedland
75008 Paris, Frankreich

Tel. + 33 1 55 65 7313

Fax + 33 1 55 65 7306

E-Mail: europe@ccip.fr

www.ccip.fr

Links

Grenelle de l'Environnement

www.legrenelle-environnement.fr

Ministère de l'Economie, de l'Industrie et de l'Emploi

Wirtschaftsministerium
www.industrie.gouv.fr/listdiff

Pôles de Compétitivité

www.competitivite.gouv.fr

DRIRE – Directions Régionales de l'Industrie, de la Recherche et de l'Environnement

Adressen der Regionalbüros
www.drire.gouv.fr

Adressen der Präfekturen

[www.interieur.gouv.fr/sections/
a_l_interieur/les_prefectures/
votre_prefecture/view](http://www.interieur.gouv.fr/sections/a_l_interieur/les_prefectures/votre_prefecture/view)

Förderprogramme für Umwelt und Energie in Italien



Umwelt



Energie



Kontakte/Links

Die nachhaltige und effiziente Nutzung von Umwelt- und Energieressourcen ist ein zentraler Schwerpunkt in den Förderprogrammen Italiens. Damit erhalten die Märkte für Umwelttechnik, Wasser- und Abfallwirtschaft und Energietechnik weitere Impulse. Besondere Potenziale bestehen im Bereich der erneuerbaren Energien. Bis 2020 will Italien im Rahmen der Klimaschutz- und Energiepolitik der EU den Anteil dieser Energien bei der Energieproduktion von 6% (2006) auf 17% erhöhen.

Aus der EU-Strukturfondsförderung erhält Italien von 2007 bis 2013 finanzielle Mittel in Höhe von 29 Mrd €, die durch nationale Mittel auf insgesamt 125 Mrd € ergänzt werden. Diese Mittel fließen in rund 66 Operationelle Programme (OP) zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. Die überwiegend regional verwalteten OP aus den EU-Strukturfonds beinhalten vielfältige Fördermaßnahmen in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, in der Abfallwirtschaft sowie zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien. Im Energiebereich bestehen neben den Strukturprogrammen weitere Förderprogramme auf nationaler Ebene.



Umwelt

Die Modernisierung und der Ausbau der Umweltinfrastrukturen sind wesentliche Aufgaben der Wirtschaftsentwicklung Italiens. Dazu gehört neben dem Ausbau der Wasserver- und -entsorgungsnetze in städtischen und ländlichen Regionen auch die Weiterentwicklung der Systeme zur Abfallentsorgung und Abfallverwertung. Rund 500 Städte Italiens verfügen über keine den EU-Normen entsprechende Abwasserbehandlung. Adäquate Standards in der städtischen Abfall- und in der Wasserwirtschaft sind daher zentrale Ziele des Nationalen Strategischen Rahmenplans für den Zeitraum 2007 bis 2013.

Maßnahmen zur Förderung von Umweltschutz und zur Entwicklung der Umweltinfrastrukturen sind vor allem in den regionalen Operationellen Programmen enthalten. Mittelempfänger aus diesen Programmen sind häufig öffentliche Einrichtungen, kommunale Verwaltungen und Gebietskörperschaften. Unternehmen können als Unterauftragnehmer oder als Zulieferer und Systemlieferanten von den Förderungen profitieren. Die Ausschreibungen zu den Projekten werden in den Amtsblättern Gazzetta Ufficiale und Bollettino Ufficiale und/oder auf der Webseite der jeweiligen Region veröffentlicht. Für ausländische Unternehmen ist es empfehlenswert, mit einem Partner vor Ort zusammenzuarbeiten. Über den Partner ist auch der Zugang zu Ausschreibungen leichter, da durch das ausgeprägte informelle Netzwerk Ausschreibungen frühzeitig bekannt werden.

500 italienische Städte müssen im Bereich Abwasser an die EU-Normen angepasst werden.

Ausschreibungen erfolgen über Amtsblätter und die regionalen Webseiten.

Beispiel Operationelles Programm Apulien

Das OP für Apulien sieht insgesamt 5,3 Mrd € für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region vor, die je zur Hälfte aus EU- und aus nationalen beziehungsweise regionalen Mitteln stammen. Davon sind rund 900 Mio € dem Schwerpunkt „Nachhaltige und effiziente Nutzung von Umwelt- und Energieressourcen“ zugeordnet. Verschiedene Maßnahmen aus diesem Programm zielen insbesondere darauf ab, einen integrierten Kreislauf von Wasser- und Abfallressourcen zu entwickeln sowie Bodenerosionen und natürliche und technologische Risiken im Umweltbereich zu vermindern.

Darüber hinaus enthält das Programm Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien, um so zur Verminderung von Treibhausgasemissionen beizutragen. Die Emission von Treibhausgasen soll in Apulien bis 2013 um rund 6,5% reduziert werden. Zuständige Behörde für das Programm ist die Direzione Generale Programmazione e Finanza der Region Apulien in Bari.



Energie

Italien hat die EU-Vorgabe, bis 2020 17% seiner Energie aus regenerativen Energien zu gewinnen.

Der italienische Energiemarkt ist von einer hohen Importabhängigkeit geprägt. 2006 wurden 86,8% der benötigten Energie importiert. Im Vergleich dazu liegt der EU-Durchschnitt nur bei 53,8%. Die verbindliche EU-Richtlinie zum Anteil der erneuerbaren Energien sieht vor, dass Italien bis zum Jahr 2020 17% seiner Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen muss.

In den vergangenen Jahren ist der Markt für erneuerbare Energien in Italien spürbar gewachsen. Von der 2008 in Kraft getretenen Einspeise-Verordnung „Conto Energia“ gehen weitere Wachstumsimpulse für die Branche aus. Die Verordnung beseitigt bisherige Unsicherheiten über künftige politische Entscheidungen beim Ausbau erneuerbarer Energieträger und begrenzt den Einfluss der Verwaltung auf Förderentscheidungen.

Breiter Raum wird erneuerbaren Energien in den EU-kofinanzierten und staatlichen Förderprogrammen eingeräumt. Die Programme sind in der Regel regional ausgerichtet und werden von regionalen Administrationen verwaltet.

Beispiel: POI Energia für Apulien, Kampanien, Kalabrien und Sizilien

Besonders im Süden Italiens stehen für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen und die Steigerung der Energieeffizienz vielfältige Fördermittel zur Verfügung. Das multiregionale Operationelle Programm „Erneuerbare Energie und Energieeffizienz“ (POI Energia) für die italienischen Regionen Apulien, Kampanien, Kalabrien und Sizilien stellt für den Zeitraum von 2007 bis 2013 rund 1,6 Mrd € – davon 50% aus EU-Mitteln – bereit. Die Mittel des Programms verteilen sich nahezu gleich auf die zwei Schwerpunkte Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen sowie Energieeffizienz und Optimierung des Energiesystems.

Das POI Energia stellt 1,6 Mrd € für erneuerbare Energien und Energieeffizienz bereit.

Gefördert wird zum Beispiel die Entwicklung integrierter Modelle für erneuerbare Energiequellen, der Einsatz erneuerbarer Energien in öffentlichen Gebäuden sowie Modell- und Versuchsprojekte. Hier bestehen konkrete Förderangebote insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Neben Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz von öffentlichen Gebäuden sieht das Programm auch Förderungen im Bereich der Verkehrsnetz-Infrastruktur vor.

Das POI Energia wird von der Verwaltungsbehörde der Region Apulien abgewickelt. Weitere Informationen zum Programm sind auf der Internetseite www.europuglia.it zu finden.

Auch in den anderen Regionen Italiens stehen für Unternehmen unmittelbare und mittelbare Förderangebote bereit. So zum Beispiel in der Region Emilia-Romagna, die über das regionale OP die Förderung der Energieeffizienz in Gebäuden ermöglicht.

Beispiel: Region Emilia-Romagna

Regionales Operationelles Programm, Maßnahme III.1.2

„Unterstützung innovativer Projekte für energie- und umweltorientierte Technologien in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz“

Mindestinvestitionssumme	100.000 €
Maximale Förderquote	40% der förderbaren Kosten
Projektziele	Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden Reduktion des Energieverbrauchs in industriellen Produktionsprozessen
	Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung
	Nutzung erneuerbarer Energiequellen
	Reduzierung des Treibhausgasausstoßes durch Kohlenstoff-Abscheidung und -speicherung
Antragsverfahren	Jährliche Projektaufrufe
Antragsteller	Unternehmen
Kontakt	Regione Emilia Romagna, Viale Aldo Moro, 44 – 40127 Bologna

Als Ergebnis des Aufrufs zur Einreichung von Projektvorschlägen im Jahr 2008 wurden 2009 bisher rund 33 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 68 Mio € (Stand Juli 2009) zur Förderung zugelassen.

Regionaler Energieplan, Aufruf für Projekte im Bereich Erneuerbare Energiesysteme und Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden

Maximaler Förderbetrag	2 Mio €
Maximale Förderquote	40% der förderbaren Kosten
Förderfähige Projekte	Pilot- und Demonstrationsvorhaben für den Bau von energieeffizienten öffentlichen Gebäuden, insbesondere Einsatz von erneuerbaren Energiequellen, Installation von Solaranlagen, Energiesparmaßnahmen bei öffentlichen Beleuchtungssystemen
Antragsverfahren	Im Rahmen von Projektaufrufen, nächste Antragsfrist 30. Oktober 2009
Antragsteller	Kommunen und Provinzen
Kontakt	Regione Emilia Romagna, Viale Aldo Moro, 44 – 40127 Bologna

Neben den regionalen Operationellen Programmen aus den EU-Strukturfonds sehen auch die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes – kofinanziert aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds – Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen vor. Beispielsweise wird in der Region Emilia-Romagna aus der Maßnahme 3.2.1 des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raumes der Bau öffentlicher Biomasseanlagen mit bis zu 70% bezuschusst, wobei die förderfähigen Kosten bei maximal 500.000 € liegen (weitere Informationen unter www.ermesagricoltura.it).

Auch die ländlichen Gebiete in Italien erhalten finanzielle Unterstützung, beispielsweise in Form von Zuschüssen für öffentliche Biomasseanlagen.

Programm „Industria 2015“

Das Programm Industria 2015 unterstützt Innovationen und Energieeffizienz in Industrieunternehmen.

Das staatliche Programm Industria 2015 mit einem Budget von rund 1 Mrd € (2008–2010) zielt auf die Förderung von Innovation und Forschung in Unternehmen ab. Ein thematischer Schwerpunkt ist dabei die Energieeffizienz. Zuschüsse werden für Projekte vergeben, die zur Energieeinsparung in der Produktion und zur Nutzung erneuerbarer Energien beitragen. Dazu gehört beispielsweise der Einsatz von umweltschonenden und energiesparenden Anlagen im Produktionsprozess, wie hocheffiziente Maschinen- und Beleuchtungssysteme. Seit Inkrafttreten des Programms wurden 30 Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz gefördert (Stand Juli 2009).

Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt im Rahmen eines Wettbewerbs. Ausschreibungen dazu werden regelmäßig in der Gazzetta Ufficiale oder auf der Webseite von Industria 2015 (www.industria2015.ipi.it) veröffentlicht. Unterstützung zur Antragstellung bietet ein Leitfaden (in Italienisch), der ebenfalls auf der Webseite von Industria 2015 zu finden ist.

Nationale Förderung für Energieeinsparungen und erneuerbare Energien

Bei der staatlichen Förderung spielen Steuerbegünstigungen eine große Rolle. Über das Gesetz Nr. 296/06 und die Ministerialdekrete vom 19. Februar 2007 und 7. April 2008 können Unternehmen und Privatpersonen seit 2007 Steuernachlässe bei Investitionen in energiesparende Sanierungsarbeiten und erneuerbare Energien bei bestehenden Gebäuden erhalten. Bis zu 55% des getätigten Investitionsvolumens sind abzugsfähig. So sind zum Beispiel beim energie-

effizienten Umbau von bestehenden Gebäuden, die den Energiehaushalt um mindestens 20% verbessern, bis zu 100.000 € abzugsfähig. Bei der Installation von Sonnenkollektoren können bis zu 60.000 €, für den Einsatz energieeffizienter Heizkessel bis zu 30.000 € abgesetzt werden. Die Absetzbarkeit gilt nur für bis zum 31. Dezember 2010 durchgeführte Projekte. Der Antrag muss innerhalb von 90 Tagen nach Abschluss der Arbeiten bei der nationalen Agentur ENEA über die Webseite www.acs.enea.it eingereicht werden. Alle Informationen über die Förderung gibt es auf der ENEA-Webseite <http://efficienzaenergetica.acs.enea.it>.

Fonds „Fondo Kyoto“

Im Auftrag des italienischen Umweltministeriums verwaltet die staatliche Bank Cassa di Risparmio di Roma e di Credito per le Imprese (CDP) den „Fondo Kyoto“. Für den Fonds stehen derzeit jährlich rund 200 Mio € zur Verfügung, die entweder über Hausbanken oder direkt über die CDP vergeben werden. Gefördert werden verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes in allen Bereichen. Dazu gehören beispielsweise kleinere Anlagen für die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen, der Austausch von industriell genutzten Elektromotoren mit mehr als 45 KW Leistung durch effizientere Geräte sowie insgesamt die Umstellung verwendeter Technologien auf effizientere, emissionsärmere Technologien.

Die CDP stellt vorrangig für öffentliche Einrichtungen Finanzierungsmittel für Investitionsprojekte und den Ausbau von Infrastrukturen bereit. Darüber hinaus fungiert die CDP als Förderbank für Unternehmen. Die zinsgünstigen Darlehen sowie Garantiefazilitäten werden über die Hausbanken an die Unternehmen ausgeteilt.

Aus dem „Fondo Kyoto“ werden jährlich 200 Mio € zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgas eingesetzt.

Nationale Einrichtungen

ENEA

Die ENEA bietet Unternehmen Möglichkeiten zur Forschung im Bereich der innovativen Technologien.

ENEA ist die nationale Agentur für neue Technologien, Energie und Umwelt. Zu ihren Aufgaben gehören die Förderung und Durchführung von angewandter und Grundlagenforschung und die Unterstützung innovativer Technologien, zum Beispiel durch die Entwicklung von Prototypen und Technologietransfer. Vor allem die Nutzung innovativer Technologien durch kleine und mittlere Unternehmen steht im Mittelpunkt der ENEA-Aktivitäten. Das Department für Umwelt, globalen Wandel und nachhaltige Entwicklung (ACS) kooperiert dabei direkt mit den Unternehmen sowohl in nationalen wie auch in EU-geförderten Projekten.

FIRE

Die Organisation FIRE bietet Mitgliedern Unterstützung bei Projekten.

Der italienische Verband für rationelle Energienutzung, FIRE, wurde von ENEA gegründet. Die Non-profit-Organisation stellt ihren rund 500 Mitgliedern praktische, technische und wissenschaftliche Unterstützung zur Erhöhung der Energieeffizienz bereit. Neben Schulungen und Arbeitsgruppen gehören dazu vor allem aktuelle Informationen zum Energiemarkt und zur Gesetzgebung.

GSE – Gestore del Servizi Elettrici

Die GSE ist eine staatliche Gesellschaft zur Förderung und Unterstützung erneuerbarer Energiequellen in Italien. Sie ist verantwortlich für die Umsetzung der Einspeisetarife, die auf die Unterstützung erneuerbarer Energien ausgerichtet sind. Darüber hinaus vergibt sie bestimmte Zertifikate für Kraftwerke auf der Basis erneuerbarer Energiequellen, die ihnen den Zugang zu Finanzierungen und Unterstützungen erleichtern. So sind beispielsweise Energieerzeuger verpflichtet, ab einer bestimmten Energieeinspeisemenge sogenannte „grüne Zertifikate“ („certificati verdi“) zu erwerben. Diese erhalten sie durch den Bau von Anlagen zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien oder durch Zukauf der Zertifikate.

Zur Unterstützung ausländischer Investoren im italienischen Markt für erneuerbare Energien arbeitet die GSE mit der staatlichen Investitionsförderungsgesellschaft Invitalia zusammen.

In Italien können Kraftwerke, die mit regenerativen Energien arbeiten, von der GSE „grüne Zertifikate“ erwerben, die mit finanziellen Vorteilen verbunden sind.



Kontakte/Links

Ministero dell’Ambiente e della Tutela del Territorio e del Mare

Ministerium für Umwelt und Schutz
des Landes und des Meeres
Via Cristoforo Colombo, n. 44
00147 Rom, Italien
Tel. + 39 065 7221
www.minambiente.it

ENEA – Ente per le Nuove Tecnologie, l’Energia e l’Ambiente

Lungotevere Thaon di Revel, 76
00196 Rom, Italien
www.enea.it/com/ingl/
<http://efficienzaenergetica.acs.enea.it>

FIRE c/o ENEA Casaccia

Via Anguillarese 301
00123 Rom, Italien
Tel. + 39 630 48-1
Fax + 39 630 48-4203
www.fire-italia.it

GSE Gestore dei Servizi Elettrici

Viale M. Pilsudski, 92
00197 Rom, Italien
Tel. + 39 06 8011-1
Fax + 39 06 8011-4392
E-Mail: info@gse.it
www.gse.it

INVITALIA – Agenzia nazionale per l’attrazione degli investimenti e lo sviluppo d’impresa

Auslandsinvestitionsförderagentur
Via Calabria 46
00187 Rom, Italien
Tel. + 39 06 4216-01
E-Mail: info@invitalia.it
www.invitalia.it

Deutsch-Italienische Handelskammer

Via Napo Torriani, 29
20124 Mailand, Italien
Tel. + 39 02 67913-1
Fax + 39 02 66980-964
E-Mail: info@ahk-italien.it
www.ahk-italien.it

Beispielregionen:

Regione Puglia

Dirigente del Settore Programmazione
e Politiche Comunitarie
Direzione Generale Programmazione
e Finanza
Via Caduti di tutte le Guerre, 15
70126 Bari, Italien
E-Mail: info-poin.energia@europuglia.it
www.europuglia.it

Regione Emilia Romagna

Direzione Generale Attività Produttive,
Commercio, Turismo
Viale Aldo Moro, 44
40127 Bologna, Italien
Tel. + 39 51 527-6322
Fax + 39 51 527-6515
E-Mail:
infoporfesr@regione.emilia-romagna.it
<http://fesr.regione.emilia-romagna.it/>

**Ausgewählte Partner im Enterprise
Europe Network**

**ALPS Camera Di Commercio Industria
Artigianato E Agricoltura Di Torino**

Via San Francesco da Paola 24

10123 Turin, Italien

Tel. + 39 011 571-6321

Fax + 39 011 571-6324

E-Mail: alps-europa@to.camcom.it

www.to.camcom.it/ALPS

ASTER S. Cons. p.a.

c/o CNR Area della Ricerca di Bologna

Via Gobetti 101

40129 Bologna, Italia

Tel. + 39 051 6398-099

Fax + 39 051 6398-131

E-Mail: info@aster.it

www.aster.it

CINEMA Consorzio Pisa Ricerche

Corso Italia, 116

56125 Pisa, Italien

Tel. + 39 050 9316-11

Fax + 39 050 9316-40

E-Mail: r.campus@cpr.it

www.cpr.it

BRIDGEconomies

Mondimpresa – Agenzia Per La

Mondializzazione Dell'Impresa S.C.R.L.

Viale Manzoni, 22

00185 Rom, Italien

Tel. + 39 06 77713-1

Fax + 39 06 77713-409

E-Mail:

consorzio.bridgeconomies@mondimpresa.it

www.mondimpresa.it

Cestec S.p.A.

Viale F. Restelli, 5/A

20124 Mailand, Italien

Tel. + 39 02 66737-1

Fax + 39 02 66737-500

E-Mail: cestec@cestec.it

www.cestec.it

FRIEND Europe

Unioncamere Veneto

Via Delle Industrie 19/D

30175 Venedig, Italien

Tel. + 39 04 10999-311

Fax + 39 04 10999-303

E-Mail: unione@ven.camcom.it

www.unioncameredelveneto.it

Links

Überblick Fördermöglichkeiten

Erneuerbare Energien

www.fonti-rinnovabili.it

Programma Industria

www.industria2015.ipi.it

EU-Strukturfondsprogramme

www.dps.mef.gov.it/fondistrutturali.asp

Förderprogramme für Umwelt und Energie in Polen



Der Investitionsbedarf in den Bereichen Umwelttechnologien, Energieeffizienz und erneuerbare Energien ist in Polen hoch. Insbesondere in der Wasser- und Abfallwirtschaft sowie in der Energieerzeugung besteht ein großer Nachholbedarf, um die von der EU geforderten Richtlinien und Normen zu erreichen und einzuhalten. Daher werden mit den zur Verfügung stehenden EU-Mitteln vor allem die Erneuerung der Infrastrukturen für die Abwasserentsorgung und die Abfallwirtschaft, aber auch Umweltschutzinvestitionen in der Industrie gefördert. Ebenfalls wird der Aufbau des noch kaum entwickelten Sektors erneuerbare Energien mit EU-Fördermitteln unterstützt. Für die effiziente Erzeugung und Verteilung von Strom durch die Energieversorger und für die Wärmedämmung von Gebäuden kommen zusätzlich nationale beziehungsweise regionale Programme zum Tragen.



Umwelt



Energie



Kontakte/Links



Umwelt

Umweltschutzprojekte werden in Polen hauptsächlich durch das Operationelle Programm Infrastruktur und Umwelt (PO IiS – „Program Infrastruktura i Środowisko“) gefördert. Dieses Programm ist mit Gesamtmitteln in Höhe von 37,6 Mrd € ausgestattet, die überwiegend aus den EU-Strukturfonds stammen. Damit ist PO IiS das größte Operationelle Programm in Polen und in der gesamten EU. Ausschreibungen aus dem OP Infrastruktur und Umwelt werden unter www.pois.gov.pl/NaborWnioskow/Strony/Naborwnioskow.aspx in polnischer Sprache veröffentlicht.

Das Operationelle Programm Infrastruktur und Umwelt (PO IiS) stellt insgesamt 37,6 Mrd € zur Verfügung.

Förderung von Umweltschutz, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien

Operationelles Programm Infrastruktur und Umwelt	Budget (Mio €)
Wasser- und Abwasserwirtschaft	3.275
Abfallentsorgung und Bodenschutz	1.430
Ressourcenmanagement und Abwehr von Umweltrisiken	655
Initiativen zur Unternehmensanpassung an die Umweltschutzanforderungen	667
Umweltschutz und Förderung umweltbewussten Verhaltens	106
Umweltfreundliche Energieinfrastruktur und Energieeffizienz	1.403
Energiesicherheit einschließlich Diversifizierung der Energiequellen	1.693
Andere, insbesondere Verkehrsinfrastruktur	28.336
Gesamt	37.565

Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik

Wasser- und Abwasserwirtschaft

Die Wasserwirtschaft in Polen benötigt eine umfassende Modernisierung, um die EU-Vorgaben umzusetzen.

Nach EU-Vorgaben müssen alle Städte mit über 100.000 Einwohnern bis 2011 über Abwasserkläranlagen verfügen. Darüber hinaus soll jede polnische Gemeinde mit mehr als 2.000 Einwohnern bis zum Jahr 2015 an eine Kläranlage und an das Kanalisationsnetz angeschlossen sein. Das Nationale Programm für kommunale Abwasseraufbereitung (KPOSK) sieht vor, dass in 318 Ballungsräumen mit über 15.000 Einwohnern Anlagen zur Aufbereitung von Abwasser gebaut, erweitert oder erneuert werden. Außerdem sind der Ausbau beziehungsweise die Modernisierung von insgesamt 20.000 km Kanalisationsnetz in 459 Ballungsräumen notwendig.

Durch diese Vorgaben besteht in Polens Wasserwirtschaft enormer Investitionsbedarf. Bis zum Jahr 2015 rechnet das polnische Wirtschaftsministerium mit Ausgaben von rund 16 Mrd € für wasserwirtschaftliche Anlagen und Technologien.

Neben dem OP Infrastruktur und Umwelt werden die Investitionen in die Wasserwirtschaft aus den regionalen Operationellen Programmen gefördert.

Zur Förderung der notwendigen Investitionen stehen aus dem OP Infrastruktur und Umwelt rund 3,28 Mrd € bereit. Die Gelder sind für Kommunen und Kommunalverbände reserviert, und zwar überwiegend für solche mit mehr als 15.000 Einwohnern. Sie sollen die notwendigen Investitionen in die kommunale Wasserwirtschaft voranbringen. Die Kommunen schreiben die Baumaßnahmen, Lieferungen oder Dienstleistungen aus, so dass sich einschlägige Anbieter um die öffentlichen Aufträge bewerben können. So sind beispielsweise in Gdansk, Krakow und Zakopane größere Ausschreibungen geplant. Aber auch die Investitionsvorhaben kleinerer Städte bieten Zulieferern und Dienstleistungsanbietern Geschäftschancen.

Wasserwirtschaftliche Investitionen in Orten mit weniger als 15.000 Einwohnern werden überwiegend aus den regionalen Operationellen Programmen gefördert, die in jeder der 16 Woiwodschaften separat existieren. Die Vergabeverfahren sind jedoch vergleichbar.

Abfallwirtschaft

Bisher werden in Polen etwa 18% der Industrieabfälle und fast 97% der kommunalen Abfälle auf Mülldeponien gelagert. Es fehlte lange Zeit an der Infrastruktur, den erforderlichen Technologien und dem Kapital, um die Weiterverwertung von Abfällen zu entwickeln und zu realisieren. Darüber hinaus mangelte es auch an ökonomischen Anreizen, in eine moderne Abfallwirtschaft zu investieren. Durch den EU-Beitritt ist Polen jedoch verpflichtet, die Umweltschutzrichtlinien der EU einzuhalten, und bekommt durch den Kohäsionsfonds finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der Reformen.

Der polnische Plan der Abfallwirtschaft sieht für die Jahre 2004 bis 2014 etwa 8 Mrd Złoty (rund 1,7 Mrd €) für Investitionen im Segment kommunale Abfälle vor. Die Abfallentsorgung und der Bodenschutz werden mit etwa 1,43 Mrd € aus dem OP Infrastruktur und Umwelt gefördert. Hauptziel der Maßnahmen in der Abfallwirtschaft ist es, durch Müllsortierung, Recyclingverfahren und moderne Technologien das Abfallaufkommen in den Kommunen deutlich zu verringern.

Der Großteil der EU-Fördergelder ist für die Städte und Gemeinden, Kommunalverbände und Unternehmen der Abfallwirtschaft, wie zum Beispiel Stadtwerke, bestimmt. Die Förderfähigkeit ist gegeben, wenn die Unternehmen die notwendigen Kapazitäten haben, um den Abfall von Gebieten mit mindestens 150.000 Einwohnern zu entsorgen, und sicherstellen können, dass die besten verfügbaren Verfahren angewendet werden. Die Förderung betrifft alle Arten von Abfallentsorgung: Müllsortierung, Wiederverwertung, Zerkleinerung von Restmüll, Kompostierung von biologischen Abfällen, Anlagen zur Müllverarbeitung und – in Ballungsräumen ab 300.000 Einwohnern – Müllverbrennungsanlagen mit Energierückgewinnung. Mülldeponien werden nur noch für Sondermüll, als Teil von komplexen Anlagen zur Abfallentsorgung oder als letzte mögliche Option gefördert.

In Polen werden 97% der kommunalen Abfälle auf Deponien entsorgt. Deponien sollen nach und nach durch moderne Anlagen ersetzt werden.

Gefördert werden Recycling, Sortierung, Kompostierung, Anlagen zur Müllverarbeitung und zur Energierückgewinnung.

Mit den verfügbaren EU-Mitteln sollen bis 2013 insgesamt 20 neue, überregionale Abfallentsorgungsanlagen errichtet und zwölf bestehende Anlagen modernisiert werden. Damit wird das Ziel verfolgt, den Anteil der auf Müllkippen gelagerten Abfälle am gesamten Müllaufkommen von 95 auf 85% zu reduzieren. Der Bau von insgesamt zehn Müllverbrennungsanlagen für Kommunalabfälle steht bereits fest: Je zwei werden in Katowice und Warszawa errichtet und je eine in Bialystok, Gdansk, Krakow, Lodz, Poznan und Szczecin.

Umweltschutzinvestitionen in Unternehmen

Die polnische Industrie ist einer der Hauptverursacher der Umweltverschmutzung. Obwohl Neuinvestitionen mittlerweile die EU-Standards für Umweltschutz erfüllen müssen, bestehen zahlreiche alte Industrieanlagen, die den heutigen Ansprüchen an den Umweltschutz kaum genügen und dringend auf moderne Umwelttechnik umgestellt werden müssen.

Gefördert werden Projekte, mit denen Unternehmen die gültigen Richtlinien und Standards beim Umweltschutz erreichen. Dazu gehören auch Öko-Audits und Öko-Labels.

Schwerpunkt 4 des OP Infrastruktur und Umwelt unterstützt daher Initiativen zur Anpassung von Unternehmen an die Umweltschutzanforderungen der EU. Gefördert werden Projekte mittlerer und großer Unternehmen, die die Umweltverschmutzung durch Luftemissionen, Abwassereinleitung und Abfallerzeugung verringern und den Anteil des wiederverwertbaren Abfalls erhöhen. Die Fördergelder sind einsetzbar für Investitionen, mit denen Unternehmen ihre Produktion den gültigen Umweltstandards anpassen wollen. Dazu gehören unter anderem die Anschaffung und Installation neuer umweltfreundlicher Technologien und Verfahren. Auch die Einführung von Systemen zum Umweltmanagement oder die Vorbereitung und Durchführung von Öko-Audits und Öko-Labels kann aus dem Programm unterstützt werden.

Da das Budget für diese Maßnahmen mit nur 677 Mio € sehr begrenzt ist, konzentriert sich die Förderung aus dem Programm auf Großanlagen der Industrie, in denen Kraftstoffe verbrannt werden und die im EU-Beitrittsvertrag als dringend modernisierungsbedürftig eingestuft sind. Für Investitionen, die gemäß den polnischen Rechtsvorschriften bereits durchgeführt sein müssten, gibt es keine Gelder. Die Mindestsumme der Investition für alle Arten von Vorhaben liegt bei 8 Mio Złoty (1,7 Mio €). Für die Durchführung von Öko-Audits beträgt die Förderhöchstsumme 400.000 Złoty (85.000 €). Bei großen Investitionsvorhaben können bis zu 30% der förderfähigen Kosten übernommen werden, jedoch höchstens 20 Mio Złoty (4,5 Mio €).

Unternehmen, die in Polen registriert sind und die Förderbedingungen erfüllen, können im Rahmen von öffentlichen Aufrufen einen Förderantrag stellen. Für das Antragsverfahren ist der Nationale Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (NFOŚiGW) verantwortlich. Ausschreibungen werden im Internet unter www.nfosigw.gov.pl oder www.ekoportal.pl veröffentlicht.

Stiftung EcoFund

Die Stiftung EcoFund wurde 1992 auf der Basis eines Regierungsabkommens zwischen Polen und den Gläubigerländern USA, Frankreich, Schweiz, Italien, Schweden und Norwegen gegründet. Nach diesem Abkommen zahlt Polen Mittel in die Stiftung ein, für die die genannten Staaten dem Land einen Schuldenerlass gewähren. Mit den Geldern der Stiftung EcoFund werden Umweltschutzprojekte in den Bereichen Luftverbesserung, Wasserschutz, Klimaschutz, Naturschutz sowie Abfallmanagement bezuschusst.

Die Stiftung EcoFund kümmert sich um die Bereiche Luft, Wasser, Klima, Naturschutz und Abfallmanagement.

Je nach Projekt und Antragsteller können Zuschüsse bis zu 60% der förderfähigen Kosten gewährt werden. Für private Unternehmen beträgt die Förderhöchstgrenze 30%. Das durchschnittliche Projektvolumen liegt zwischen 200.000 € für Naturschutzprojekte und 800.000 € für Projekte zur Luftverbesserung. Die Vergabe der Mittel erfolgt sowohl im Rahmen von Ausschreibungen für konkrete Projekte als auch im laufenden Antrag. Die Anträge werden direkt bei der Stiftung EcoFund eingereicht. Weitere Informationen, Antragsunterlagen sowie Ausschreibungen werden auf der Webseite www.ekofundusz.org.pl/pl veröffentlicht.



Energie

Energieeffizienz

In Polen ist vor allem die Sicherung der Energieversorgung ein Schwerpunkt der Reformen.

Neben dem Umweltschutz ist auch Energie ein Thema des OP Infrastruktur und Umwelt. Allerdings steht die Energieeffizienz im Vergleich mit der Energieversorgung Polens noch deutlich im Hintergrund. Da die Energieversorgung gesichert und erweitert werden soll, sieht das Programm Investitionen in herkömmliche Energiequellen wie zum Beispiel Gas- und Ölleitungen, Gasspeicher oder strategische, grenzübergreifende Stromleitungen vor. Energieeffizienz wird im OP Infrastruktur und Umwelt vor allem bei der Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Energie berücksichtigt.

Für Maßnahmen zur Wärmedämmung in Gebäuden und Fernwärmenetzen vergibt der „Fonds für Thermomodernisierung“ der Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) eine Prämie in Höhe von 25% des Kredits, der für die Investition aufgenommen wird. Dieser Kredit kann bis zu 80% der Kosten umfassen und über maximal zehn Jahre laufen. Begünstigte können Wohnungsbaugenossenschaften, öffentliche Einrichtungen, Unternehmen oder Privatpersonen sein. Voraussetzung für die Prämie ist, dass die Investition über ein Darlehen finanziert wird.

Erneuerbare Energien

Der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieerzeugung ist in Polen noch sehr gering: 2008 betrug er nur 6%. Bei der Stromerzeugung ist nach wie vor der Rohstoff Kohle vorherrschend, er liefert über 90% des erzeugten Stroms. Der Markt für erneuerbare Energien hat dementsprechend ein großes Wachstumspotenzial. Vor allem dem Markt für Windkraftanlagen werden besondere Wachstumschancen eingeräumt, da die natürlichen Windverhältnisse insbesondere im Norden des Landes sehr gut sind und Polen selbst kaum über eigene Produktionskapazitäten für Windkraftanlagen verfügt.

Um bis 2020 den in der EU vereinbarten Mindestanteil von 15% erneuerbare Energien an der Energieproduktion zu erreichen, bieten das OP Infrastruktur und Umwelt und einzelne staatliche Programme Investitionsanreize. So fördert das OP die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energiequellen einschließlich Biomasse, Wind- und Solarenergie, Erdwärme und Biokraftstoffe. Dafür stellt das Programm 1,7 Mrd € bereit. Die Fördermaßnahmen richten sich an Unternehmen, an Energieversorger und an den öffentlichen Sektor einschließlich der Kirchen.

Der „Fonds für Thermomodernisierung“ fördert Investitionen in Wärmedämmung in Gebäuden und in Fernwärmenetze.

Einer der größten Wachstumsbereiche in Polen ist der Markt für erneuerbare Energien.

Das OP Infrastruktur und Umwelt sieht 1,7 Mrd € für die Förderung erneuerbarer Energien vor.

Fördermaßnahme „Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen“

Die Fördermaßnahme 9.4 „Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen“ des OP Infrastruktur und Umwelt richtet sich an Unternehmen, Gebietskörperschaften, Kirchen und andere öffentliche Einrichtungen, die Energie aus regenerativen Energiequellen gewinnen wollen. Gefördert werden die Errichtung von Windparks und Wasserkraftwerken bis zu einer Leistung von 10 MW, die Stromerzeugung aus Biomasse oder Biogas, Erdwärmeheizkraftwerke und die Installation von Sonnenkollektoren. Bei Biomasse, Biogas und Wasserkraft ist eine Investitionssumme von mindestens 10 Mio Złoty (rund 2,2 Mio €) notwendig, während bei allen anderen Projekten mindestens 20 Mio Złoty investiert werden müssen. Die Förderquote liegt bei 20% der förderfähigen Kosten.

Fördermaßnahme „Entwicklung des Industriezweigs regenerative Energiewirtschaft“

Durch die Fördermaßnahme 10.3 „Entwicklung des Industriezweigs regenerative Energiewirtschaft“ des OP Infrastruktur und Umwelt werden Unternehmen gefördert, die Komponenten und Technologien für die regenerative Energiewirtschaft herstellen. Dazu gehören beispielsweise Turbinen, Propeller, Heizkessel für Biomasse, Sonnenkollektoren und Wärmepumpen. Der Aufbau von ganzen Produktionsstätten ab einer Investitionssumme von 20 Mio Złoty (rund 4,4 Mio €) kann mit Zuschüssen bis zu 30% der förderfähigen Kosten unterstützt werden.

Interessenten an diesen beiden Fördermaßnahmen können im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen einen Antrag beim Institut für erneuerbare Energien und Kraftstoffe (IPIEO) stellen. Die Ausschreibungen werden unter **www.ipieo.pl** veröffentlicht.

Nationales Förderkreditprogramm für Investitionen in erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung

Seit 2009 werden Investitionen in erneuerbare Energien und energieeffiziente Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung mit zinsgünstigen, langfristigen Krediten aus dem Nationalen Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (NFOŚiGW) gefördert. Die polnische Regierung verabschiedete im Februar 2009 ein entsprechendes Programm. Förderfähig sind Investitionen von Unternehmen mit einem Volumen von mindestens 10 Mio und höchstens 50 Mio Złoty (circa 2,2–11 Mio €).

Ab 2010 sollen auch geringere Anschaffungskosten privater Haushalte oder kleinerer Unternehmen unterstützt werden. 75% der Investitionskosten können aus dem Fonds mit einem festen Zinssatz von 6% p.a. für die gesamte Laufzeit von 15 Jahren finanziert werden. Das Förderprogramm hat ein Gesamtbudget von 1,5 Mrd Złoty (rund 300 Mio €) und gilt zunächst bis 2012. Weitere Informationen und Antragsunterlagen sind beim Nationalen Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft erhältlich.

Förderprogramm für Sonnenkollektoren in Oberschlesien und Kleinpolen

Die Woiwodschaften Slaskie und Wielkopolskie bieten Besitzern von Einfamilienhäusern seit 2008 finanzielle Unterstützung bei der Installation von Sonnenkollektoren an. Darlehen, die zur Finanzierung der Investitionskosten aufgenommen werden, können nach 5 Jahren bis zur Hälfte erlassen werden. Künftig sollen auch öffentliche Gebäude förderfähig sein, sodass weiterhin mit einer regen Nachfrage nach Sonnenkollektoren zu rechnen ist. Finanziert wird das Programm mit dem Namen PONE („Program Ograniczenia Niskiej Emisji“) aus den Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der Woiwodschaften (NFOŚiGW).

Das Programm PONE bietet Hausbesitzern Darlehen zur Umrüstung auf Sonnenkollektoren an.



Kontakte/Links

Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej (NFOŚiGW)

Nationaler Fonds für Umweltschutz
und Wasserwirtschaft

ul. Konstruktorskiej 3 a
02-673 Warszawa, Polen

Tel. + 48 22 4590-469

Fax + 48 22 4590-101

E-Mail: fundusz@nfosigw.gov.pl

www.nfosigw.gov.pl

Wojewódzki Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej (WFOŚiGW)

Weltwirtschaftsfonds für Umweltschutz
und Wasserwirtschaft

ul. J. S. Bacha 2
02-743 Warszawa, Polen

Tel. + 48 22 853-5321

Fax + 48 22 853-5302

E-Mail: poczta@wfosigw.pl

www.wfosigw.pl

EKOFUNDUSZ

Stiftung EcoFund

ul. Bracka 4

00-502 Warszawa, Polen

Tel. + 48 22 621-2704

Fax + 48 22 629-5125

E-Mail: info@ekofundusz.org.pl

www.ekofundusz.org.pl

Instytut Paliw i Energii Odnawialnej (IPIEO)

Institut für erneuerbare Energien

und Kraftstoffe

ul. Jagiellońska 55

03-301 Warszawa, Polen

Tel. + 48 22 5100-200

Fax + 48 22 5100-220

E-Mail: instytut@ipieo.pl

www.ipieo.pl

Bank Gospodarstwa Krajowego (BGK)

Landeswirtschaftsbank

Al. Jerozolimskie 7

00-955 Warschau, Polen

Tel. + 48 801 667-655

Fax + 48 22 627-0378

E-Mail: bgk@bgk.com.pl

www.bgk.com.pl

Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer

ul. Miodowa 14

00-246 Warschau, Polen

Tel. + 48 22 5310-500

Fax + 48 22 5310-600

E-Mail: info@ihk.pl

www.ihk.pl

Generalkonsulat der Republik Polen in Köln

Abteilung für Handel und Investitionen

An der Alteburger Mühle 6

50968 Köln, Deutschland

Tel. + 49 221 3499-11

Fax + 49 221 3499-10

E-Mail: info.koeln@wirtschaft-polen.de

<http://kolonia.trade.gov.pl/de>

Ausgewählte Partner im Enterprise Europe Network

Polish Agency for Enterprise Development (PARP)

ul. Pańska 81/83

00-834 Warschau, Polen

Tel. + 48 22 432-8080

Fax + 48 22 432-8620

E-Mail: biuro@parp.gov.pl

www.parp.gov.pl

Foundation For Promotion Of Entrepreneurship

ul. Piotrkowska 86

90-103 Łódź

Tel. + 48 42 630-3667

Fax + 48 42 632-9089

E-Mail: fundacja@frp.lodz.pl

www.frp.lodz.pl

Links

Adressen der Marschallämter

www.paiz.gov.pl/index/?id=5487315b1286f907165907aa8fc96619

EU-Strukturfonds in Polen

www.funduszestrukturalne.gov.pl/english

Förderprogramme für Umwelt und Energie in Rumänien



Umwelt



Energie



Kontakte/Links

Umweltschutz und Energieeffizienz sind bedeutende Themen in Rumänien. Vor allem in den Bereichen Abfallmanagement, Wasser- und Abwasserwirtschaft besteht enormer Modernisierungsbedarf. Im Energiesektor werden vorerst hauptsächlich Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz gefördert, da veraltete Anlagen bei der Erzeugung, der Verteilung und dem Verbrauch von Strom und Wärme in der Wirtschaft und den Privathaushalten zu hohen Energieverlusten führen. Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen steht dahinter noch zurück und wird bisher vergleichsweise wenig gefördert.

Für die notwendigen Investitionen stellt die Europäische Union über ihre Strukturfonds Mittel in Milliardenhöhe bereit, die über die Operationellen Programme Umwelt und Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in Rumänien kanalisiert werden. Darüber hinaus gibt es mit dem rumänischen Energieeffizienzfonds ein staatliches Förderinstrument für Energiesparmaßnahmen.



Umwelt

Das Operationelle Programm Umwelt (OP Umwelt), ein mit 5,6 Mrd € für den Zeitraum 2007 bis 2013 ausgestattetes Förderprogramm der Europäischen Union, soll Rumänien bei der Beseitigung von Missständen im Umweltsektor und der Einhaltung der Europäischen Umweltvorschriften helfen. Schwerpunkte dieses Förderprogramms sind der Ausbau und die Modernisierung der Wasser- und Abwasseranlagen, der Aufbau integrierter Systeme zur Abfallbewirtschaftung und die Sanierung von Altlasten. Direkt Begünstigte sind ausschließlich staatliche Institutionen und Gebietskörperschaften. Sie schreiben ihrerseits Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge aus, die aus dem Programm finanziert werden. Auf diese Ausschreibungen können sich auch Unternehmen aus Deutschland bewerben.

Das OP Umwelt setzt Schwerpunkte: Ausbau und Modernisierung der Wasser- und Abwasseranlagen, Sanierung von Altlasten und Modernisierung der Abfallwirtschaft.

Förderung von Umweltschutz, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien

Operationelles Programm Umwelt	Budget (Mio €)
Ausbau und Modernisierung der Wasser- und Abwasseranlagen	3.266
Aufbau integrierter Abfallbewirtschaftungssysteme und Sanierung von Altlasten	1.168
Modernisierung von Fernwärmeanlagen an bestimmten Problemstandorten	458
Naturschutzmanagement	215
Verhütung von Naturkatastrophen in besonders gefährdeten Gebieten	329
Technische Hilfe	174
Gesamt	5.611

Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik

Wasserwirtschaft

In den ländlichen Gebieten Rumäniens haben 96% der Menschen keinen Abwasseranschluss.

Im Bereich der Wasserwirtschaft zeigen sich in Rumänien starke Defizite. Bisher sind nur 52% der Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und nur 35% an Klärwerke angeschlossen. Bis 2015 soll der Anteil auf 70% beziehungsweise beim Anschluss an Klärwerke auf 60% steigen, um die EU-Vorgaben zu erfüllen. Diese sehen vor, dass bis 2015 in 263 Städten mit über 10.000 Einwohnern und bis 2018 in 2.346 Gemeinden mit 2.000 bis 10.000 Einwohnern eine EU-konforme Anbindung an die Wasser- und Abwasserinfrastruktur errichtet wird. Die größte Herausforderung in Rumänien stellen die ländlichen Gebiete dar: Dort haben 96% der Bewohner keinen Anschluss an Abwassersysteme. Durch die Landwirtschaft wird das Grundwasser in hohem Maß mit Nitraten und Phosphaten verschmutzt, was zu einer Verschlechterung des Trinkwassers führt.

Durch die Prioritätsachse 1 des OP Umwelt „Ausbau und Modernisierung der Wasser- und Abwasseranlagen“ sollen die größten Schwächen des Wasser- und Abwassersystems beseitigt werden: der geringe Anteil der an die elementare Wasser- und Abwasserinfrastruktur angeschlossenen Kommunen, die schlechte Trinkwasserqualität und das Fehlen von Abwassersammelungs- und Aufbereitungsanlagen in manchen Gegenden. Zusätzlich soll das Problem der geringen Effizienz der öffentlichen Wasserversorgungsdienste gelöst werden. Es ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Wasserversorgung durch eine Vielzahl kleiner Betreiber gewährleistet wird, von denen viele allerdings auch mit anderen öffentlichen Aufgaben befasst sind.

Für die Maßnahmen stellt das OP Umwelt insgesamt 3,3 Mrd € aus EU- und nationalen Kofinanzierungsmitteln bereit. Die Gelder sollen vor allem für den Ausbau und die Modernisierung von Wasser- und Abwasserleitungen und für die Errichtung von 170 Kläranlagen in Rumänien verwendet werden. Der Fokus der Aktivitäten liegt trotz der Probleme im ländlichen Raum auf den Ballungsgebieten. Begünstigte der Fördermaßnahmen sind Kommunalverbände und regionale Betreibergesellschaften; einzelne Kommunen können nur im Ausnahmefall berücksichtigt werden. Zur Umsetzung der Großvorhaben schreiben die zuständigen Kommunalverbände beziehungsweise die Betreibergesellschaften einzelne Teilaufträge öffentlich aus.

Für die dringendsten Investitionen stehen 3,3 Mrd € zur Verfügung. Ein Teil davon fließt in den Bau von 170 Kläranlagen.

Abfallwirtschaft

Im Jahr 2006 produzierte Rumänien etwa 332 Mio Tonnen Müll. Zum Vergleich: Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas verursachte mit viermal so vielen Einwohnern und einer mehr als fünfmal größeren Wirtschaftsleistung ungefähr 364 Mio Tonnen Abfall. Eine geregelte Müllentsorgung existiert in Rumänien fast nur in den Städten. In den ländlichen Gebieten werden gerade 10% der Abfälle einer geregelten Entsorgung zugeführt.

Die vorherrschende Abfallbehandlung in Rumänien ist die Deponierung. Über 90% des Abfalls werden auf Mülldeponien entsorgt, wohingegen nur ein sehr kleiner Prozentsatz als Sekundärrohstoffe genutzt und wiederverwertet wird. Mülltrennung gibt es lediglich in einigen Pilotanlagen. Diese Entsorgungspraktiken haben dazu geführt, dass eine Vielzahl nicht vorschriftsmäßiger Mülldeponien bestehen und nach wie vor große Mengen an Müll anfallen, die unangemessen entsorgt werden können. Bis 2017 müssen daher 101 kommunale Deponien, die nicht den Anforderungen der Deponierichtlinie der EU (99/31/EWG) entsprechen, geschlossen werden, mehr als die Hälfte bereits im Sommer 2009. Als Ersatz für die zu schließenden kom-

Rund 1,2 Mrd € aus dem OP Umwelt werden für die Modernisierung der Abfallsysteme und die Sanierung von Altlasten eingesetzt.

munalen Deponien sollen in den nächsten Jahren eine Vielzahl moderner Mülldeponien mit einer Mindestkapazität von 100.000 Tonnen pro Jahr entstehen. Auch Anlagen zur Trennung, Sortierung und zum Recycling von Müll sowie Kompostierungsanlagen für Bioabfälle werden in den nächsten Jahren verstärkt gebaut werden.

Das OP Umwelt unterstützt diese Investitionen über seine Prioritätsachse 2 „Aufbau integrierter Abfallbewirtschaftungssysteme und Sanierung von Altlasten“. Für die notwendigen Baumaßnahmen und Anschaffungen stehen rund 1,2 Mrd € aus EU-Mitteln und nationaler Kofinanzierung bereit. Die Fördergelder werden den lokalen Gebietskörperschaften beziehungsweise Kommunalverbänden zugeteilt, die nach Genehmigung der Projekte durch die EU-Kommission entsprechende Aufträge öffentlich ausschreiben.

Beispiele für Ausschreibungen

Projekt	Trinkwasserversorgung, Turda	Bauarbeiten für Abwasserkanäle, Turda
Inhalt	Bauftrag: Bau von Pumpstationen und Bau von Schmutzwasserleitungen in Turda	Bauarbeiten für Abwasserkanäle und Bau von Abwasserpumpstationen in Turda
Budget	11,1 Mio RON (ca. 2,6 Mio €)	19,2 Mio RON (ca. 4,5 Mio €)
Förderprogramm	Kohäsionsfonds (80,74% des Budgets)	Kohäsionsfonds (80,74% des Budgets)
Quelle	Tenders Electronic Daily, http://ted.europa.eu , 2009/S 150-220040, 11. August 2009	Tenders Electronic Daily, http://ted.europa.eu , 2009/S 150-220023, 11. August 2009



Energie

Investitionen im Bereich der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen sind in Rumänien Bestandteil des Operationellen Programms Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Dafür stehen von 2007 bis 2013 rund 726 Mio €, davon 638 Mio € aus EU-Mitteln, bereit. Ergänzt wird dieses Programm durch eine Fördermaßnahme aus dem OP Umwelt, die sich speziell der Modernisierung veralteter Fernwärmanlagen widmet. Neben den EU-Strukturfondsprogrammen bestehen weitere nationale Fördermaßnahmen im Bereich der Energieeffizienz.

Steigerung der Energieeffizienz

Energieeffizienz in Wirtschaft und Wohnungsbau

Mit der Maßnahme 4.1 „Effiziente und nachhaltige Energie“ des OP Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit werden Projekte zur Energieeffizienz bei der Erzeugung, der Verteilung und dem Verbrauch von Energie in der Industrie unterstützt. Über 64% des Energieendverbrauchs entfallen immer noch auf die Wirtschaft; hier wird das Einsparpotenzial auf 17% geschätzt. Bis 2014 sollen insgesamt 150 Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz aus dieser Maßnahme gefördert werden.

Energieeffizienz in den Privathaushalten, vor allem Maßnahmen zur Wärmedämmung, werden aus dem regionalen Operationellen Programm und aus staatlichen Mitteln gefördert. Speziell zur thermischen Sanierung alter Wohnblöcke mit Baujahr 1950–1989 hat die rumänische Regierung am 12. März 2009 ein neues Förderprogramm erlassen. Bei Sanierungsmaßnahmen übernimmt der Staat 50% und die jeweilige Kommune 30% der Kosten, sodass die Wohnungseigentümer lediglich 20% der Ausgaben selbst tragen müssen. Auch aus diesem Grund ist in den kommenden Jahren mit einer steigenden Nachfrage nach thermischer Isolierung in Rumänien zu rechnen.

In den Privathaushalten hat die Wärmedämmung Priorität. An den Kosten zur Modernisierung beteiligen sich sowohl der Staat als auch die Kommune.

Modernisierung von Fernwärmeanlagen

Bei der Fernwärmeerzeugung in Rumänien sind die Energieverluste enorm und belaufen sich mitunter auf bis zu 50%. Hinzu kommen negative Auswirkungen für Umwelt und Gesundheit in den Ballungsgebieten, die besonders unter der Verschmutzung durch die veralteten Fernwärmeanlagen zu leiden haben. Eine Erneuerung der Systeme ist dringend notwendig, die Gesamtkosten für die Modernisierung der Fernwärmeversorgung in Rumänien werden auf 5,8 Mrd € geschätzt.

Ein Problem ist die veraltete Fernwärme-Infrastruktur in Rumänien. Acht große Anlagen sollen mit 459 Mio € modernisiert werden.

Aus diesem Grund widmet sich das OP Umwelt der Modernisierung von veralteten Fernwärmeanlagen mit einem eigenen Schwerpunkt. Im Mittelpunkt steht dabei die Erneuerung von acht großen Fernwärmeanlagen, die zu einer beträchtlichen Reduzierung von Emissionen wie Schwefeldioxid, Stickoxid und Staub an mehreren besonders umweltgefährdenden Standorten führen soll. Das OP Umwelt stellt dafür 459 Mio € bereit, die jeweils zur Hälfte aus EU- und aus nationalen Mitteln Rumäniens kommen.

Rumänischer Energieeffizienzfonds (FREE)

Der Fonds FREE hält Darlehen für Projekte bereit, die Energiesparmaßnahmen durchführen oder erneuerbare Energien unterstützen.

Der rumänische Energieeffizienzfonds vergibt zinsgünstige Darlehen an Unternehmen und Kommunen, die Energiesparmaßnahmen durchführen oder in erneuerbare Energien investieren. Der Fonds ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, die auf der Basis einer Vereinbarung zwischen der rumänischen Regierung und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) gegründet wurde. Er bietet eine marktkonforme Projektfinanzierung zwischen 100.000 und 1 Mio US-\$ für Laufzeiten von vier bis fünf Jahren zu relativ günstigen Konditionen. Jedes Vorhaben muss durch lokale Geschäftsbanken kofinanziert werden.

Erneuerbare Energien

In Rumänien befindet sich die Erschließung erneuerbarer Energiequellen noch in der Anfangsphase. Investitionen in erneuerbare Energien werden insbesondere durch die Fördermaßnahme 4.2 „Nutzung erneuerbarer Energiequellen für die Erzeugung grüner Energie“ des OP Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unterstützt. Der Schwerpunkt der Förderung liegt auf Windenergie, Biomasse und kleinen Wasserkraftwerken mit einer Leistung von bis zu 10 MW. Größere Wasserkraftwerke werden nicht gefördert, da diese bereits den größten Anteil an erneuerbaren Energien in Rumänien erzeugen und aus den Fördermitteln eher die Nutzung alternativer Ressourcen angestoßen werden soll.

Die Fördermaßnahme 4.2 hat ein Budget von etwa 78,4 Mio € für den Zeitraum 2007 bis 2013. Als Projektträger und Antragsteller kommen kommunale Behörden, Kommunalverbände und gewerbliche Unternehmen in Betracht. Verantwortlich für die Umsetzung und Antragstellung ist die Generaldirektion Energie des rumänischen Wirtschafts- und Finanzministeriums. Sie veröffentlicht Ausschreibungen für die Fördermittel, nimmt die Förderanträge entgegen, die von einer Jury bewertet werden, und entscheidet über die Mittelvergabe.

Das OP Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit umfasst mehrere Maßnahmen, die sich auf Windenergie, Biomasse und kleine Wasserkraftwerke konzentrieren.



Kontakte/Links

Ministerul Mediului

Umweltministerium

Str. Justitiei 59–61

Blv. Libertatii 12

Bukarest (Sektor 5), Rumänien

Tel. + 40 21 316-6157

Fax + 40 21 316-0778

E-Mail: srp@mmediu.ro

www.mmediu.ro

Directia Generala Energie,

Petrol si Gaze, Ministerul Economiei

GD Energie des Wirtschaftsministeriums

Calea Victoriei 152

70034 Bukarest (Sektor 1), Rumänien

Tel. + 40 21 202-5388

Fax + 40 21 202-5392

E-Mail: asistenta-oie@minind.ro

<http://amposcce.minind.ro>

<http://oie.minind.ro>

FREE – Fondul Roman pentru Eficienta Energiei

Rumänischer Energieeffizienzfonds

Cladirea Strauss 2A, etaj 6

020312 Bukarest 30 (Sektor 2), Rumänien

Tel. + 40 21 233-8801

Fax + 40 21 233-8802

E-Mail: office@free.org.ro

www.free.org.ro

Exim Bank

15, Splaiul Independentei

Bukarest (Sektor 5), Rumänien

Tel. + 40 21 405-3132

Fax + 40 21 405-3222

E-Mail: office@eximbank.ro

www.eximbank.ro

**Deutsch-Rumänische Industrie-
und Handelskammer**

Str. Clucerului 35, et. 2
011363 Bukarest (Sektor 1), Rumänien
Tel. + 40 21 223-1531
Fax + 40 21 223-1538
E-Mail: drahk@ahkrumaenien.ro
www.ahkrumaenien.ro

**Ausgewählte Partner im
Enterprise Europe Network**

**Fundatia Centrul Roman Pentru
Intreprinderi Mici Si Mijlocii**

Rumänisches Zentrum für kleine
und mittlere Unternehmen
Ioan Campineanu 20
010038 Bukarest, Rumänien
Tel. + 40 21 311-1995
Fax + 40 21 312-6966
E-Mail: mnicola@imm.ro
www.imm.ro

**Timisoara Chamber of Commerce,
Industry and Agriculture**

Piata Victoriei nr. 3
300030 Timisoara, Rumänien
Tel. + 40 256 490766
Fax + 40 256 490311
E-Mail: cciat@cciat.ro
www.cciat.ro

Links

Öffentliche Ausschreibungen

www.e-licitatie.ro
www.rolicitatii.ro

EU-Strukturfonds

www.fonduri-structurale.ro

Förderprogramme für Umwelt und Energie in Spanien



Umwelt



Energie



Kontakte/Links

Die geografischen und klimatischen Bedingungen in Spanien bieten optimale Voraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien. Im Bereich Umwelt liegt der Fokus auf der Wasserversorgung und -entsorgung: Einige Regionen leiden bis heute unter Wasserknappheit. Die Abwasserentsorgung wird durch den Bau moderner Klär- und Aufbereitungsanlagen neu strukturiert.

Umwelt- und Energieprogramme werden auf nationaler und regionaler Ebene umgesetzt. Das Operationelle Programm „Kohäsionsfonds – EFRE“ fördert Umweltschutzprojekte überwiegend aus EU-Strukturfondsmitteln in ganz Spanien. Darüber hinaus beinhaltet der staatliche Plan A.G.U.A. eine Reihe von Maßnahmen für die Wasserwirtschaft. Die staatliche Energiebehörde IDAE entwickelt Aktionspläne zur Umsetzung der nationalen Energiepolitik und kontrolliert den Einsatz der verfügbaren Mittel. Regionale Operationelle Programme unterstützen eine Vielzahl von Maßnahmen in den Bereichen Umweltschutz und Energie auf regionaler und lokaler Ebene.



Umwelt

Das Operationelle Programm „Kohäsionsfonds – EFRE“ fördert Umweltschutzprojekte im Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft in ganz Spanien mit einem Budget von etwa 2,35 Mrd €. Die Mittel stammen aus den EU-Strukturfonds und dem spanischen Haushalt.

Der staatliche Plan A.G.U.A. dient der Neuorientierung der allgemeinen Wasserplanung und ist in mehrere Unterprogramme gegliedert. Einer dieser Pläne ist der „Plan Nacional de Calidad de las Aguas“ (PNCA). Er soll für eine umfassende Verbesserung der Wasserqualität in Spanien sorgen und umfasst sowohl die Sanierung von Gewässern als auch die Behandlung kommunaler Abwässer. Damit diese Pläne umgesetzt werden können, wurden bilaterale Abkommen zwischen den autonomen Regionen und der Zentralregierung geschlossen.

Wasserwirtschaft

Im Bereich der Trinkwasserversorgung unterstützt das OP „Kohäsionsfonds – EFRE“ den Bau, die Erweiterung oder Modernisierung von Entsalzungsanlagen, Staudämmen, Wasserleitungen, Pumpen und anderen Infrastrukturen, die für die Trinkwasserversorgung und -aufbereitung notwendig sind. Auch die Schaffung neuer Wasserressourcen, die Prävention und Kontrolle hydrologischer Risiken, die Verbesserung der Umweltbedingungen der hydrologischen Systeme sowie Sensibilisierungsmaßnahmen zum bewussten Umgang mit Wasser gehören zu den förderfähigen Projekten.

Für die Förderung von Projekten in der Wasser- und Abfallwirtschaft werden rund 2,35 Mrd € bereitgestellt.

Das OP „Kohäsionsfonds – EFRE“ fördert verschiedene Investitionen in die Wasserwirtschaft.

Bei der Abwasserentsorgung und Reinigung des Abwassers stehen der Aufbau und die Weiterentwicklung umweltschonender Anlagen im Mittelpunkt. Dazu gehören Entsorgungsnetze, die Errichtung neuer und die Erweiterung vorhandener Kläranlagen um weitere Behandlungsstufen, Aufbereitungsstationen und andere Systeme zur Wiederverwertung des Abwassers sowie die Errichtung von Wasserauffangbecken und Ableitungskanälen.

Zuständig für die Programme in der Wasserwirtschaft sind die jeweiligen Regionalregierungen.

Von größerer finanzieller Bedeutung als das OP „Kohäsionsfonds – EFRE“ sind jedoch die staatlichen Wasserwirtschaftspläne Spaniens. Das Programm A.G.U.A. bringt mit 1,5 Mrd € vor allem den Bau von Meerwasserentsalzungsanlagen voran. Der „Plan Nacional de Calidad de las Aguas“ (PNCA) sieht für 2007 bis 2015 ein Investitionsvolumen von etwa 19 Mrd € für Projekte zur Wasseraufbereitung und zum Bau von Kläranlagen vor. Davon werden 3,3 Mrd € in Katalonien, 2,7 Mrd € im Großraum Madrid, 2,3 Mrd € in Andalusien und 2,1 Mrd € in der Region Valencia eingesetzt. Die Investitionssummen in den anderen Regionen sind deutlich niedriger.

Für die Umsetzung der Projekte und für öffentliche Ausschreibungen sind die autonomen Regierungen verantwortlich. Interessierte Unternehmen sollten sich daher an die Autonomieregierung der jeweiligen Region wenden, in der das Vorhaben realisiert wird. Die Ausschreibungen werden auch im Staatsanzeiger veröffentlicht, der über das Internetportal www.boe.es zugänglich ist.

Abfallwirtschaft

Das OP „Kohäsionsfonds – EFRE“ sieht konkrete Maßnahmen zur Überwindung der Probleme in der Abfallwirtschaft vor.

Die vollständige Verwertung der städtischen, industriellen und Sonderabfälle ist einer der Hauptwege, um den Umweltschutz zu sichern. Das kommunale Abfallmanagement hat sich im Zeitraum 2000 bis 2006 erheblich verbessert, obwohl die Abfallerzeugung pro Einwohner und Jahr in Spanien stetig gewachsen ist. Die vorhandenen Anlagen müssen daher weiterhin

an die gestiegenen Erfordernisse angepasst werden, indem die Abfallbeseitigung auf Mülldeponien reduziert und die Wiederaufbereitung und -verwertung der Abfälle erhöht werden. Ein wichtiges Thema ist auch die Beseitigung kontaminierter Ablagerungen.

Aus dem OP „Kohäsionsfonds – EFRE“ werden daher unter anderem Maßnahmen zur Abdichtung von Hausmülldeponien, zur Biogasgewinnung in Mülldeponien und zur ökologischen Wiedergewinnung kontaminierter Böden gefördert.

Die Umsetzung erfolgt überwiegend auf der Ebene der autonomen Regionen.



Energie

Spanien ist stark von Energieimporten abhängig. 2006 wurden gut 80% des Energiebedarfs durch Einfuhren gedeckt. Der Energieverbrauch in Spanien liegt zudem etwa 20% über dem EU-Durchschnitt und wuchs in den letzten Jahren weiter an. So nahm der Stromverbrauch zwischen 2002 und 2006 um mehr als 4% jährlich zu. Um den Energiebedarf zu decken und gleichzeitig die EU-Vorgaben für den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix zu erfüllen, muss Spanien verstärkt in nachhaltige Energien und Energieeffizienz investieren.

Die Zielvorgaben des staatlichen Plans für erneuerbare Energien („Plan de Energias Renovables 2005–2010“) sehen vor, dass bis 2010 12% des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Für die notwendigen Investitionen stehen rund 8,5 Mrd € an öffentlichen Mitteln bereit, die ein Gesamtinvestitionsvolumen von knapp 24 Mrd € generieren sollen.

Mit 8,5 Mrd € möchte Spanien bis 2010 rund 12% seines primären Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien abdecken.

Erneuerbare Energien

Die Sektoren Solarthermie und Erdwärme befinden sich in einer Wachstumsphase.

Die öffentlichen Fördermittel geben dem Markt für erneuerbare Energien kräftige Impulse. So legte die spanische Regierung im Frühjahr 2009 einen Plan für den Aufbau von Off-shore-Windkraftanlagen vor. Seitdem eine Bauverordnung von März 2006 („Código Técnico de la Edificación“) für alle Neubauten und Sanierungsmaßnahmen den Einbau von Solarthermieanlagen zur Warmwasserversorgung vorschreibt, befindet sich der Sektor der Solarthermie in einer Wachstumsphase. Auch die Nutzung der Biomasse – vor allem aus Agrarabfällen – gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das Gleiche gilt für Erdwärme: Trotz guter klimatischer Voraussetzungen wurde Geothermie in Spanien bisher kaum als Energiequelle genutzt, wird jetzt aber zunehmend erschlossen.

Die staatliche Energiebehörde Instituto para la Diversificación y Ahorro de la Energía (IDAE) übernimmt die Umsetzung der Vorgaben aus dem Plan für erneuerbare Energien. Sie entwickelt Aktionspläne, kontrolliert deren Umsetzung und verteilt die verfügbaren Mittel an die Autonomieregierungen. Darüber hinaus bietet die IDAE auch eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten für nachhaltige Energieprojekte an. Dazu gehören Kredite, Kreditbürgschaften, Projektfinanzierungen und Beteiligungskapital.

Die Energiebehörde IDAE koordiniert die Umsetzung des staatlichen Plans für erneuerbare Energien.

So können zum Beispiel Anschaffungen zur Installation von Solarthermie-, Photovoltaik-, Biomasse- oder Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zinsgünstig über die „IDAE Loan Facility“ finanziert werden. Das Kreditprogramm richtet sich an Privatpersonen, kleine und mittlere Unternehmen, Hausbesitzerverbände, Kommunen und andere öffentliche Körperschaften. Das Darlehen kann bis zu 1,5 Mio € betragen und hat eine Laufzeit von 11 Jahren bei einem tilgungsfreien Jahr. Anträge für das Kreditprogramm sind online unter www.idae.es einzureichen.

Energieeffizienz

Bis 2012 sollen in Spanien deutliche Energieeinsparungen vor allem in der Industrie erbracht werden. Für Unternehmen der produzierenden Industrie bestehen in diesem Zusammenhang Fördermöglichkeiten bei Investitionen ab einem Volumen von 500.000 €, die zur Senkung des Energieverbrauchs führen. Darüber hinaus gibt es Fördermöglichkeiten für strategische Projekte, an denen mehrere Unternehmen aus mindestens drei spanischen Regionen beteiligt sein müssen. Hier beträgt die Mindestinvestitionssumme 1 Mio €. Die Fördermittel werden über Ausschreibungen vergeben, die bis 2012 jährlich wiederholt werden. Insgesamt stehen für die Ausschreibung 2009 120 Mio € zur Verfügung. Anträge können ebenfalls bei der staatlichen Energiebehörde IDAE eingereicht werden.

Beispiel Andalusien

Wasserwirtschaft

Der jährliche Umsatz der Wasserwirtschaft in Andalusien beträgt etwa 4 Mio €, damit verbunden sind rund 10.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze. Im regionalen Operationellen Programm von Andalusien (ROP) sind gut 1,5 Mrd € aus EU- und regionalen Mitteln für Investitionen in der Wasserwirtschaft bestimmt. Dabei gilt dem Ausbau der Wasserversorgung höchste Priorität. Gefördert werden – um nur einige Beispiele zu nennen – die Finanzierung von Großprojekten zur Wasserversorgung in Sevilla, in der Region Sierra de Huelva, der Siles-Staudamm in der Provinz Jaén sowie verschiedene Projekte zur Abwasserkanalisation an der westlichen Costa del Sol. Insgesamt sollen bis 2013 480 km neue Wasserversorgungsnetze und 186 km zusätzliche Abwasserkanäle errichtet werden. Hinzu kommt die Modernisierung von 219 km Wasserversorgungs- und 124 km Abwasserleitungen.

Andalusien richtet den Fokus auf den Ausbau der Wasserinfrastruktur. Ab 2009 werden 90 Projekte umgesetzt.

Auf der Basis des regionalen Operationellen Programms (ROP) hat die Regionalregierung von Andalusien im Juni 2009 einen Plan zur Verbesserung der Wasserinfrastruktur verabschiedet, der Investitionen in Höhe von 200 Mio € vorsieht. Insgesamt 90 wasserwirtschaftliche Projekte in ganz Andalusien werden benannt, darunter der Bau von Kläranlagen, Wasserleitungen und Wasserspeichern. Die Durchführung der Arbeiten soll noch im Jahr 2009 beginnen. Projekt-ausschreibungen veröffentlicht die andalusische Wasseragentur „Junta de Andalucía“ auf ihrer Internetseite www.juntadeandalucia.es/agenciadelagua.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Andalusien hat das Ziel, bis 2013
rund 18% der Energien aus
erneuerbaren Quellen zu erzeugen.
Die Region setzt verstärkt auf Windkraft.

Andalusien verfügt über die höchste Sonneneinstrahlung in Europa, optimale Bedingungen für Windenergie und große Mengen von Biomasse aus dem Agrarsektor. Wegen dieser guten Voraussetzungen für erneuerbare Energien und in Ermangelung von Rohstoffen hat die Regionalregierung von Andalusien im März 2007 ein Gesetz zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz verabschiedet.

Darüber hinaus legte sie mit dem „Andalusischen Plan für nachhaltige Energienutzung“ (PASENER) ein konkretes Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Ziele im Zeitraum 2007 bis 2013 fest. Der Plan sieht vor, den Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch bis zum Jahr 2013 von aktuell etwa 7,5 auf 18,3% zu erhöhen. Damit setzt die andalusische Regionalregierung auch die Zielvorgaben und Aktionsfelder des regionalen Operationellen Programms für Andalusien im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz um.

Förderprogramm für die nachhaltige energetische Entwicklung 2009–2014

Das „Förderprogramm für die nachhaltige energetische Entwicklung von Andalusien 2009–2014“ („Programa de incentivos para el desarrollo energético de Andalucía“) unterstützt Unternehmen, Wirtschaftsverbände, öffentliche Einrichtungen und Non-Profit-Organisationen bei Energiesparmaßnahmen und der Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen. Es wird gemeinsam aus EU-Strukturfondsmitteln und dem Regionalhaushalt finanziert.

Fördermöglichkeiten bestehen für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien, für Energiesparmaßnahmen, Investitionen in die Verteilungsnetze sowie für Studien und Analysen im Zusammenhang mit nachhaltiger Energie. Die Förderung besteht zum Teil aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen und teilweise aus der Erstattung von Kreditzinsen. Je nach Projektart und Größe des Unternehmens liegen die Förderhöchstsätze zwischen 40 und 80% der förderfähigen Kosten.

Das „Förderprogramm für die nachhaltige energetische Entwicklung von Andalusien“ ist bis Ende 2014 gültig. Anträge können jederzeit online bei der andalusischen Energieagentur unter www.agenciaandaluzadelaenergia.es gestellt werden.

Förderprogramm der Innovations- und Entwicklungsagentur IDEA

Darüber hinaus bestehen Fördermöglichkeiten für Unternehmen, die in Andalusien Komponenten für den Sektor Erneuerbare Energien produzieren oder Anlagen zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien entwickeln und bauen. Unterstützt werden die Gründung und Modernisierung von Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten sowie Kooperationen mit anderen Unternehmen oder Hochschulen. Die Fördermittel werden in Form von Zuschüssen, zinssubventionierten Darlehen oder als Rückerstattung von Kreditzinsen vergeben. Die Förderhöhe beträgt maximal 40 bis 60% der förderfähigen Kosten. Anträge können laufend über die Internetseite der andalusischen Innovations- und Entwicklungsagentur (IDEA) (www.agenciaidea.es) gestellt werden.

Bei diesem Förderprogramm können bis zu 80% der förderfähigen Kosten durch Erstattung oder Zuschüsse gedeckt werden.

Unternehmen können unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 60% Förderung bekommen.

Beispiel Galizien

Wasserwirtschaft

Galizien investiert mit 700 Mio € verstärkt in die Leitungsnetze für Wasser und Abwasser und in den Bau neuer Kläranlagen.

Für die Wasserwirtschaft sowie den Schutz der Umwelt und natürlicher Ressourcen stellt das regionale Operationelle Programm von Galizien fast 700 Mio € aus EU-Strukturfondsmitteln und dem Regionalhaushalt bereit. Besonderes Augenmerk gilt der Bewirtschaftung und Verteilung des Trinkwassers und der Abwasserbehandlung. Um die natürlichen Ressourcen zu schützen, wird vor allem die Prävention von Umweltrisiken gefördert. Bis 2013 werden knapp 500 km neue Wasserleitungen gelegt und etwa 700 km des Leitungsnetzes saniert. Das Netz für Abwasser wird um rund 200 km erweitert und zu einem großen Teil saniert.

Die wichtigsten Wasserwirtschaftsprojekte in Galizien sind die Kläranlagen, die in Vigo, Ourense und Santiago de Compostela gebaut werden. Für diese Projekte ist die „Confederación Hidrográfica del Norte“ zuständig, eine Abteilung des spanischen Umweltministeriums.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Galizien

Das regionale Operationelle Programm für Galizien setzt die Schwerpunkte der Förderung unter anderem auf nachhaltige Energiearten und Energieeffizienz. Dafür gibt es insgesamt etwa 1,3 Mrd € aus den EU-Strukturfonds und regionalen Mitteln. Aus den Fördergeldern sollen vor allem Investitionen in den Bereichen Solarenergie und Biomasse angeregt werden.

Thermische Solarenergie

Bei thermischen Solaranlagen wird der Erwerb der notwendigen Ausrüstung, Montage und Anschluss der Anlage, die Konstruktion, die Ingenieurleistung sowie die Bauleitung und Inbetriebnahme unterstützt. Die Förderquote beträgt bis zu 35% der förderfähigen Kosten und maximal 60.000 € pro Projekt. Die Obergrenze für flache Sonnenkollektoren liegt bei 450 €/kW und die für Vakuumrohre bei 300 €/m². Die Anlagen werden nur gefördert, wenn ihre Nutzung zu einer Einsparung des konventionellen Brennstoffes führt.

Photovoltaische Solarenergie mit Anschluss an das Stromnetz

Die Kosten für Ausrüstung und Installation des Systems können gefördert werden, wenn die Kollektoren zur Einspeisung an das Stromnetz angeschlossen sind und die nominale Leistung der Anlage bis zu 20 kW beträgt. Dabei gilt eine Förderquote von höchstens 15% der förderfähigen Investitionskosten, wobei die Förderhöchstgrenze bei 6.000 €/kWp (kWp = Kilo Watt Peak) liegt. Anlagen, deren Bau gesetzlich vorgeschrieben ist, werden nicht unterstützt.

Entlegene photovoltaische Sonnenenergie

Anlagen ohne Anschluss an das Stromnetz und mit einer Leistung von maximal 2,5 kWp werden beim Erwerb der nötigen Ausrüstung, der Montage und Konstruktion bezuschusst. Ebenso werden Ingenieurleistungen und Bauleitung sowie die Inbetriebnahme unterstützt. Die Obergrenzen für die förderfähigen Investitionskosten liegen bei einer Anlage ohne Speicherung bei 8.000 €/kWp und bei Anlagen mit Speicherung bei 10.000 €/kWp. Die Förderquote beträgt höchstens 40% der Investitionskosten, wobei der Fördersatz für kleine und mittlere Unternehmen höher sein kann.

Biomassekessel

Für die Anschaffung eines Biomassekessels mit Zubehör und Brennstoffzuführung sowie für Montage und Anschluss werden bis zu 30% der Investitionskosten subventioniert. Es gelten zusätzlich Grenzen je nach Art der Anlage und thermischer Leistung. Die Höchstgrenze für eine Förderung liegt bei insgesamt 15.000 € pro Projekt.

Biogasanlagen

Biogasanlagen mit einer elektrischen Leistung von weniger als 500 kW können bis zu 15% der förderfähigen Investitionskosten aus Fördermitteln erstattet bekommen. Die Förderhöchstsumme pro Einheit beläuft sich auf 3.500 €/kW beziehungsweise 1.100 €/kW bei ausschließlich thermischer Nutzung. Förderfähige Anschaffungen sind:

- Systeme zur Behandlung, Handhabung und Kontrolle der Abfälle
- Anlagen zur Ausfäulung oder Ausgasung
- Ausrüstung zur Behandlung und Speicherung des Biogases und von Nebenprodukten
- Anlagen zur Gewinnung elektrischer und thermischer Energie
- Inbetriebnahme und Ingenieurleistungen

Unterstützung durch die Energieagentur INEGA und die Wirtschaftsförderagentur IGAPE

Die Energieagentur INEGA ist für Förderprogramme in den Bereichen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zuständig. Das Förderprogramm IG 100 des Instituts für Wirtschaftsförderung IGAPE von Galizien fördert unternehmerische Investitionen ab einem Volumen von 500.000 €. Es werden Zuschüsse bis zu 30% der förderfähigen Investitionskosten für Sachanlagen, Maschinen und Grundstücke gewährt. Davon können auch Anlagenbauer und Zulieferer in der Energiewirtschaft profitieren.

Förderung erneuerbarer Energien in Galizien

	Förderquote	Obergrenze der Förderung
Thermische Solarenergie	35%	60.000 € flache Sonnenkollektoren: 450 €/kW Vakuumrohre: 300 €/m ²
Photovoltaische Solarenergie mit Anschluss an das Stromnetz (bis 20 kW)	15%	6.000 €/kWp
Entlegene photovoltaische Sonnenenergie (bis 2,5 kWp)	40%	ohne Speicherung: 8.000 €/kWp mit Speicherung: 10.000 €/kWp
Biomassekessel	30%	15.000 € 125 €/kWt 75 €/kWt 50 €/kWt 50 €/kWt
– mit automatischer Zuführung		
– ohne automatische Zuführung		
– Ofen zur Lufterwärmung		
– Heizküche		
Biogasanlagen	15%	3.500 €/kW 1.100 €/kW bei ausschließlich thermischer Nutzung

Quelle: INEGA



Kontakte/Links

Dirección General de Fondos Comunitarios

Verwaltungsbehörde für das OP

„Kohäsionsfonds – EFRE“

Ministerium für Wirtschaft und Finanzen

Paseo de la Castellana, 162

28071 Madrid, Spanien

Tel. + 34 91 583-7400

E-Mail: dgfondoscomunitarios@sgpgg.meh.es

www.dgfc.sgpgg.meh.es

IDAE – Instituto para la Diversificación y el Ahorro de la Energía

Staatliche Energiebehörde

Madera, 8

28004 Madrid, Spanien

Tel. + 34 91 456-4900

Fax + 34 91 523-0414

E-Mail: comunicacion@idae.es

www.idae.es

MMA – Ministerio de Medio Ambiente

Umweltministerium

Plaza de San Juan de la Cruz

28071 Madrid, Spanien

Tel. + 34 91 597-6577

Fax + 34 91 597-5981

www.marm.es

Beispielregion Andalusien

Agencia Andaluza del Agua

Andalusische Wasseragentur

Plaza de España, Sector 2

41071 Sevilla, Spanien

Tel. + 34 955 92-6000

Fax + 34 955 92-6499

www.juntadeandalucia.es/agenciadelagua

Agencia Andaluza de la Energía

Andalusische Energieagentur

C/Isaac Newton, 6

41092 Sevilla, Spanien

Tel. + 34 954 7863-35

Fax + 34 954 7863-50

E-Mail:

atencionalciudadano.aae@juntadeandalucia.es

www.agenciaandaluzadelaenergia.es

IDEA – Agencia de Innovación y Desarrollo de Andalucía

Andalusische Innovations- und

Entwicklungsagentur

Torneo, 26

41002 Sevilla, Spanien

Tel. + 34 955 030-700

Fax + 34 955 030-774

E-Mail: informacion@agenciaidea.es

www.agenciaidea.es

Beispielregion Galizien

INEGA – Instituto Enerxético de Galicia

Galizische Energieagentur

Rúa Avelino Pousa Antelo, 5

C. P. 15703 Santiago de Compostela, Spanien

Tel. + 34 981 54 15 38

E-Mail: info@inega.es

www.inega.es

**IGAPE – Instituto Gallego de
Promoción Económica**

Galizisches Institut für Wirtschaftsförderung
Niederlassung Deutschland
Immermannstraße 13
40210 Düsseldorf, Deutschland
Tel. + 49 211 935-0141
Fax + 49 211 935-0142
E-Mail: alemana@igape.es
www.investingalicia.com

Deutsche Handelskammer für Spanien

Avenida Pio XII, 26–28
28016 Madrid, Spanien
Tel. + 34 91 353-0910
Fax + 34 91 359-1213
E-Mail: madrid@ahk.es
www.ahk.es

Zweigstelle Barcelona

Còrsega, 301–303
08008 Barcelona, Spanien
Tel. + 34 93 415-5444
Fax + 34 93 415-2717
E-Mail: barcelona@ahk.es

**Ausgewählte Partner im Enterprise
Europe Network**

**Agencia De Innovación Y Desarrollo
De Andalucía**

Torneo, 26
41002 Sevilla, Spanien
Tel. + 34 955 030-700
Fax + 34 955 030-774
E-Mail: jcallej@agenciaidea.es
www.agenciaidea.es

**Centre De Innovació I
Desenvolupament Empresarial**

Pg. De Gràcia, 129
08008 Barcelona, Spanien
Tel. + 34 93 4767-200
Fax + 34 93 4767-300
E-Mail: msanza@cidem.gencat.net
www.cidem.com

Confederación De Empresarios De Galicia

Rúa do Vilar, 54
15705 Santiago De Compostela, Spanien
Tel. + 34 981 555-888
Fax + 34 981 555-882
E-Mail: alucas@ceg.es
www.ceg.es

Fundación Para El Conocimiento Madrid

C/Velázquez 76, Bajo Izquierda
28001 Madrid, Spanien
Tel. + 34 91 806-49 07
Fax + 34 91 806-49 07
E-Mail: pmallorquin@madrimasd.org
www.madrimasd.org

Links

Zentrales Internetportal für Ausschreibungen der autonomen Regionen
Boletín Oficial del Estado
www.boe.es

Verwaltungen der autonomen Regionen
www.060.es/guia_del_estado/webs_publicos/webs_publicos/wwpp_ccaa-ides-idweb.html

Förderprogramme für Umwelt und Energie in der Türkei



Umwelt



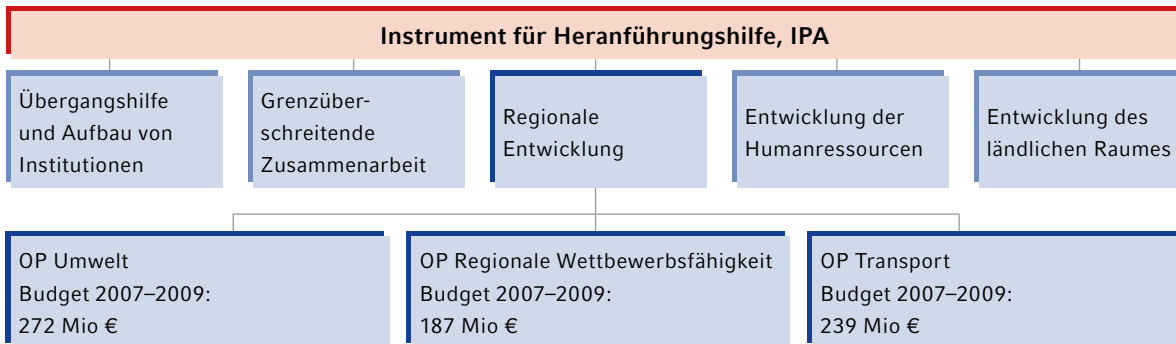
Energie



Kontakte/Links

Die Türkei steht im Hinblick auf ihren möglichen Beitritt zur Europäischen Union vor großen Herausforderungen bei der Erfüllung der Kriterien und der Angleichung an die EU-Standards. Allein die Kosten für die Angleichung und Einhaltung der Umweltvorschriften der Europäischen Union werden vom türkischen Umwelt- und Forstministerium auf rund 60 Mrd € geschätzt. Sie entfallen hauptsächlich auf den Wassersektor mit den Schwerpunkten Trink- und Abwasser. Großer Modernisierungs- und Investitionsbedarf besteht ebenfalls in den Bereichen Abfall und Energie. Besondere Priorität hat in diesem Zusammenhang der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien.

Als offizieller EU-Beitrittskandidat wird die Türkei von der Europäischen Union über das „Instrument für Heranführungshilfe“ (Instrument for Pre-Accession, IPA) gefördert. Die im IPA verankerte EU-Förderung ist in fünf Schwerpunktbereiche aufgeteilt, die sich wiederum in thematische Operationelle Programme und Maßnahmenpakete untergliedern. Für den Förderschwerpunkt Regionale Entwicklung wurden drei Operationelle Programme geschaffen: Umwelt, Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Transport.



Umwelt

Die Nachfrage nach Bau- und Ingenieurleistungen, Ausrüstung und Material in der türkischen Abfall- und Wasserwirtschaft ist groß. Der Investitionsbedarf liegt nach Schätzungen des Umwelt- und Forstministeriums für den Zeitraum 2007 bis 2023 bei rund 34 Mrd € im Bereich Wasser und circa 10 Mrd € in der Abfallwirtschaft.

Allein für die Wasserwirtschaft wird ein Investitionsbedarf von 34 Mrd € angenommen.

Das Operationelle Programm (OP) Umwelt für den Zeitraum 2007 bis 2009 konzentriert sich auf die Entwicklung in den Regionen. Wesentliche Ziele des Programms sind die Erhöhung des Umweltschutzes, die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung, der verbesserte Zugang zu Trinkwasser sowie der Ausbau und die Modernisierung von Abwasser- und Abfallanlagen.

Das OP Umwelt besteht aus mehreren Maßnahmen, zu denen auch die Modernisierung von Abwasser- und Abfallanlagen sowie der Ausbau der Trinkwasserinfrastruktur gehören.

Dazu wird aus dem Programm der Aufbau adäquater Infrastrukturen, wie zum Beispiel der Bau von Trinkwasseraufbereitungsanlagen, gefördert.

Das OP Umwelt stellt für 2007 bis 2009 rund 272 Mio € aus EU- und nationalen Kofinanzierungsmitteln bereit. Es wird auch nach 2009 fortgeführt. Ansprechpartner ist das türkische Umwelt- und Forstministerium.

Abfallwirtschaft

Ein wesentlicher Teil des OP Umwelt ist der Entwicklung einer modernen Abfallwirtschaft in der Türkei gewidmet. Hoher Bedarf besteht insbesondere bei der kommunalen Müllentsorgung. Nach einer Erhebung im Jahr 2006 waren lediglich 29% der Gesamtbevölkerung an eine kommunale Anlage zur Müllentsorgung angeschlossen. Der Großteil des anfallenden Abfalls wird weiterhin nach konventionellen Methoden und ohne den Einsatz moderner Technologien entsorgt. Ein hoher Anteil wird zudem nach wie vor auf illegalen Deponien beseitigt.

Für eine umfassende Modernisierung der Abfallwirtschaft sind 76,7 Mio € aus dem OP Umwelt vorgesehen.

Das türkische Umwelt- und Forstministerium arbeitet an einem nationalen Plan zur Abfallwirtschaft, der in den kommenden Jahren auf regionaler Ebene umgesetzt werden soll. Dafür werden Mittel aus dem OP Umwelt eingesetzt. In der Prioritätsachse 2 „Verbesserte integrierte Abfallwirtschaft“ sind konkrete Ziele der Förderung dargestellt: Durch den Aufbau entsprechender Infrastrukturen in der Abfallwirtschaft soll eine Angleichung an den EU-Standard erreicht und eine für die Bevölkerung effiziente, bezahlbare und nachhaltige Abfallbewirtschaftung entwickelt werden. Dabei werden besonders integrierte umweltfreundliche Lösungen gefördert. Ziel ist es, die Recyclingquote zu erhöhen und die Abfallmenge, die in unkontrollierten Mülldeponien entsorgt wird, zu verringern. Nicht standardgemäße Deponien

sollen geschlossen und durch neue ersetzt werden. Entsprechend werden beispielsweise die Erneuerung und der Bau von Mülltrennungsanlagen, die die Separation von biologischem Müll vorsehen, sowie die Erneuerung und der Bau von adäquaten Mülldeponien gefördert. Rund 76,7 Mio € (28% des Gesamtbudgets) aus dem OP Umwelt 2007 bis 2009 stehen für diese Priorität zur Verfügung.

Wasserwirtschaft

Angesichts hoher Defizite in der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung ist es ein erklärtes Ziel des türkischen Umwelt- und Forstministeriums, vor allem die Anzahl der Kläranlagen zu erhöhen. So waren 2006 nur 42% der Bevölkerung an ein Klärwerk angeschlossen und nur die Hälfte der Bevölkerung hatte Zugriff auf eine kommunale Anlage zur Wasseraufbereitung.

Der Entwicklung der Wasserwirtschaft sind rund zwei Drittel des Gesamtbudgets des OP Umwelt (rund 179 Mio €) in der Priorität 1 „Verbesserte Trinkwassereinspeisung, Kanalisierung und Abwasseraufbereitung“ zugewiesen. So sollen mit Mitteln aus der Maßnahme 1.1 die Modernisierung und der Bau neuer Wasseraufbereitungsanlagen sowie der Bau und die Erneuerung ganzer Trinkwassernetze gefördert werden, um die Qualität des Trinkwassers nachhaltig zu verbessern. Auch die Entwicklung von Labortechniken für die Prüfung der Wasserqualität und von speziellen Ausrüstungen für die Erkundung von Wasserverlusten in den Verteilungsnetzen können finanziell unterstützt werden. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Nutzung natürlicher Ressourcen gelegt.

Das OP Umwelt stellt 179 Mio € für die Wasserwirtschaft zur Verfügung, die vor allem in die Modernisierung der Infrastruktur fließen sollen.

Maßnahme 1.2 des OP Umwelt hat die Abwasserwirtschaft im Fokus. Zum einen sollen die Wasserverschmutzung – auch des Grundwassers – reduziert und die Trinkwassernetze vor jeglicher Kontaminierung geschützt werden. Zum anderen ist der Bau von Kläranlagen geplant und im Hinblick auf eine erhöhte Effizienz deren Modernisierung vorgesehen. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Klärschlammaufbereitung. Gefördert werden daher unter anderem Aktivitäten, die den Ausbau der Abwasserentsorgung voranbringen, der Erneuerung und dem Bau von Kläranlagen sowie von Anlagen zur Klärschlammaufbereitung dienen oder die Klärschlammverwendung in der Landwirtschaft optimieren. Benötigt werden in diesem Zusammenhang ebenfalls spezielle Labortechniken wie neue Mess- und Kontrollinstrumente.

Beispiel einer Ausschreibung

Projekt	Bau einer Abwasserbehandlungsanlage in Ordu und Modernisierung der Abwasserbehandlungsanlage von Kumbas
Inhalt	Der Auftrag umfasst den Entwurf, den Bau, den Betrieb und die Instandhaltung einer mechanisch-biologischen Abwasserbehandlungsanlage für die Stadt Ordu. Im Auftrag enthalten sind 1 Jahr lang dauernde Schulungen für die Stadtverwaltung hinsichtlich des Betriebs und der Instandhaltung. Die bestehende Abwasserbehandlungsanlage im Wohngebiet Kumbas soll auf ein biologisches Nährstoffzugungsverfahren umgestellt werden.
Förderprogramm	IPA – OP Umwelt (75% des Budgets)
Datum	Vorankündigung für 3. Quartal 2009
Quelle	Tenders Electronic Daily, http://ted.europa.eu , Nr. 2009/S 123-178397, 11. August 2009

Nationale Investitionsförderung

Investitionen in die Umwelttechnik können unter Umständen auch durch die allgemeine Investitionsförderung der Türkei unterstützt werden. Eine solche Förderung ist in der Regel abhängig von der Region, in der die Investition stattfinden soll. Generell unterscheidet die Türkei vier verschiedene Zonen mit unterschiedlichen Schwerpunktbereichen:

1. Zone 1: Hochtechnologiebranchen, wie zum Beispiel Kfz- und Zuliefererindustrie, Elektronik, Pharmazeutik, Medizintechnik, Maschinenbau
2. Zone 2: Technologieintensive Branchen sowie die Lebensmittelindustrie, Maschinenbau, Textilien und die Produktion von Papier
3. Zone 3 und 4: Investitionen in den Branchen Agrarindustrie, Bekleidung, Tourismus, Gesundheit, Bildung, Metallindustrie und Kunststoffe

Fördermaßnahmen sind unter anderem Steuererleichterungen, die Befreiung von verschiedenen Abgaben und Gebühren sowie teilweise Zuschüsse und zinsvergünstigte Kredite.

Anträge für diese Investitionsförderung sind bei der Förderagentur (Staatssekretariat für Schatzwesen) in Ankara zu stellen.



Energie

Der Energieverbrauch der türkischen Industrie stieg aufgrund des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren stark an. Auch der Stromverbrauch der privaten Haushalte legte zweistellig zu. Trotz vermehrter Investitionen in die Energieversorgung drohen Engpässe. Ein Problem sind beispielsweise die hohen Verluste im Stromnetz.

Geplant sind 500 neue Wasserkraftwerke, um den deutlich gestiegenen Energiebedarf zu decken. Das OP Regionale Wettbewerbsfähigkeit stellt dafür 187 Mio € bereit.

Um die gesteigerte Energienachfrage aufzufangen und die ohnehin schon sehr hohe Importabhängigkeit von Energie zu vermindern, plant die Türkei mittelfristig den Bau von rund 500 neuen Wasserkraftwerken. Daneben sollen bis zu drei neue Kernkraftwerke gebaut und der Schwerpunkt verstärkt auf die Nutzung alternativer Energien gelegt werden.

Investitionen von Unternehmen in erneuerbare Energien und energieeffiziente Maßnahmen können aus dem Operationellen Programm Regionale Wettbewerbsfähigkeit 2007–2009 des IPA gefördert werden. Die Maßnahme 1.1 „Entwicklung industrieller Infrastrukturen“ fördert den Auf- und Ausbau sowie die Modernisierung von Anlagen und Einrichtungen unterschiedlicher Art, wenn diese einen Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Erhöhung der Energieeffizienz leisten. Gleiches gilt für Investitionen dieser Art in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Innovation und Technologie sowie Informations- und Kommunikationstechnologie (Maßnahme 1.3).

Das Programm ist für den Zeitraum 2007 bis 2009 mit rund 187 Mio € ausgestattet, die sich aus EU- und nationalen Kofinanzierungsmitteln zusammensetzen. Es wird auch nach 2009 fortgeführt. Ansprechpartner ist das türkische Wirtschaftsministerium.

Erneuerbare Energien

Im Jahr 2005 wurde ein Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Energien für die Elektrizitätserzeugung (Gesetz Nr. 5346) beschlossen. Es zielt auf den vermehrten Einsatz alternativer Energiequellen, wie zum Beispiel Wind- und Sonnenenergie, Energie aus Biogas und Biomasse, geothermische Energie sowie Wasserkraft, und regelt die entsprechenden Einspeisevergütungen.

Gerade in den zwei letztgenannten Energiequellen liegen für die Türkei große Chancen: Das bisher nur wenig genutzte geothermische Potenzial gilt als das fünftgrößte weltweit und als das größte Europas. Das Wasserkraftpotenzial der Türkei entspricht nach Angaben der türkischen staatlichen Wasserbehörde etwa 16% des gesamten europäischen Potenzials. Mit 127 Gigawatt ist es damit das zweitgrößte Europas. Auch durch die Nutzung von Windkraft und Sonnenenergie bestehen sehr gute Möglichkeiten zur alternativen Energiegewinnung. Nach Angaben des staatlichen Instituts für Studien zur Elektrizitätserzeugung (EIE) besitzt die Türkei mit einer Sonnenscheindauer von im Schnitt 7,2 Stunden pro Tag eine Einstrahlung von 1.311 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr. Das Gesamtvolumen an Sonnenenergie beläuft sich damit auf jährlich rund 380 Mrd kWh.

Das türkische Energieministerium hat daher Anfang 2009 einen strategischen Plan zur Förderung der Sonnenenergie 2009–2013 vorgelegt. Neben der Errichtung von Pilot-Photovoltaikanlagen im Süden der Türkei wird ein sogenannter Solarenergie-Potenzial-Atlas entwickelt, der die Förderung der Sonnenenergienutzung vorantreiben soll. Eine Vorabversion des Atlas ist bereits veröffentlicht worden. Er zeigt eine Landkarte, auf der die Strahlung je nach Region dargestellt wird. Ergänzt wird der Atlas durch Diagramme zur Strahlungsintensität, zur durchschnittlichen Sonnenscheindauer nach Monaten und zur mit verschiedenen Technologien erzielbaren Stromproduktion.

Die Türkei besitzt das größte geothermische Potenzial in Europa und das zweitgrößte europäische Wasserkraftpotenzial. In Verbindung mit Sonnenenergie und Windkraft eröffnen sich hier sehr gute Investitions- und Wachstumsmöglichkeiten.

Um Investitionen im Bereich Sonnenenergie zu unterstützen und Unternehmen entsprechende Anreize zu geben, sollen die bisherigen Einspeisevergütungen erhöht werden. Als weitere Fördermaßnahme wurden für die Dauer von sechs Jahren Preisgarantien für Unternehmen festgelegt, die in erneuerbare Energien investieren. Zudem erhalten Stromverteilungsunternehmen die Auflage, mindestens 8% ihres Stromabsatzes aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen.

Im Juni 2009 stimmte die Weltbank der Auszahlung von 600 Mio US-\$ für die Finanzierung eines türkischen Erneuerbare-Energien-Programms für den privaten Sektor zu. Ziel ist es, privat finanzierte und betriebene Energieerzeugung aus heimischen erneuerbaren Ressourcen zu erhöhen. Zudem werden Darlehen an die private Entwicklungsbank „Turkiye Sinai Kalkinma“ und an die Regierungsentwicklungsbank „Turkiye Kalkinma“ vergeben. Diese sollen die Gelder für Finanzierungen von Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz bereitstellen.

Energieeffizienz

In Anlehnung an das im Mai 2007 verabschiedete Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz (Gesetz Nr. 5627) sind verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise die finanzielle Förderung von Investitionen für den effizienten Energieeinsatz in der Industrie, geplant. Im Fokus stehen dabei vorwiegend Umrüstungsmaßnahmen energieintensiver Industriebetriebe mithilfe von neuen, energiesparenden Technologien. Vorgesehen sind unter anderem Zuschüsse bis zu 20% der förderfähigen Kosten.

Antragsverfahren für das Instrument für Heranführungshilfe (IPA)

Die Abwicklung des Programms IPA einschließlich der Vergabeverfahren für Aufträge und Zuschüsse erfolgt für alle Empfängerländer dezentral über die Behörden in den jeweiligen Ländern. Antragsteller können Ministerien, die Stadt- und Regionalverwaltungen, regionale Verbände, Wasser- und Abwasserwerke sowie Nichtregierungsorganisationen sein. Daneben werden über Ausschreibungen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge vergeben, die aus dem Programm finanziert werden. In der Türkei sind für das OP Umwelt das Umwelt- und Forstministerium und für das OP Regionale Wettbewerbsfähigkeit das Wirtschaftsministerium, beide mit Sitz in Ankara, zuständig.

Zusätzlich hält auch die Delegation der Europäischen Kommission in Ankara Informationen bereit und veröffentlicht Ausschreibungen. Diese können auch auf den Internetseiten von EuropeAid unter http://ec.europa.eu/europeaid/work/funding/index_fr.htm eingesehen werden. Auf diese Ausschreibungen können sich in der Regel auch ausländische Unternehmen bewerben.

Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) wird durch die Behörden in der Türkei mittels Ausschreibungen umgesetzt.



Kontakte/Links

Zentralreferat für Finanzen und Verträge (CFCU)

(Abwicklungsbehörde für das Programm IPA)
Eskişehir Yolu 4. Km. 2. Cad.
(Halkbank Kampüsü) No: 63 C-Blok
06580 Söğütözü/Ankara, Türkei
Tel. + 90 312 295-4900
Fax + 90 312 286-7072
E-Mail: cfcu_info@cfcu.gov.tr
www.cfcu.gov.tr

T.C. Başbakanlık Hazine Müsteşarlığı

Förderagentur für Auslandsinvestitionen/
Staatssekretariat für Schatzwesen
Inönü Bulvarı No: 36
06510 Emek/Ankara, Türkei
Tel. + 90 312 204-6000
Fax + 90 312 212-8916
E-Mail: bilgiedinme@hazine.gov.tr
www.treasury.gov.tr

Elektrik İşleri Etüt İdaresi Genel Müdürlüğü (EİE)

Institut für Studien zur Elektrizitätserzeugung
Eskişehir Yolu 7. km No: 166
06520 Çankaya/Ankara, Türkei
Tel. + 90 312 295-5000
Fax + 90 312 295-5005
E-Mail: elektriketut@eie.gov.tr
www.eie.gov.tr

KOSGEB

Abdülhak Hamit Cad. No: 866
06470 Altmışevler/Ankara, Türkei
Tel. + 90 312 595-2800
Fax + 90 312 368-0715
E-Mail: bilgi@kosgeb.gov.tr
www.kosgeb.gov.tr

Investment Support and Promotion Agency of Turkey (ISPAT)

c/o Counterpart GmbH
Spichernhöfe – Kamekestraße 21
50672 Köln, Deutschland
Tel. + 49 221 951-4410
Fax + 49 221 951-44120
E-Mail: germany@invest.gov.tr
www.invest.gov.tr

Delegation der Europäischen Kommission in der Türkei

Uğur Mumcu Cad. No: 88, Kat: 4,
Gaziosmanpaşa
06700 Ankara, Türkei
Tel. + 90 312 459-8700
Fax + 90 312 446-6737
E-Mail: delegation-turkey@ec.europa.eu
www.avrupa.info.tr

Türkiye Sınai Kalkınma Bankası A.Ş

Meclisi Mebusan Cad. 81 Fındıklı
34427 İstanbul, Türkei
Tel. + 90 212 334-5050
Fax + 90 212 334-5234
E-Mail: info@tskb.com.tr
www.tskb.com

Türkiye Kalkınma Bankası

Izmir Caddesi No: 35
06440 Kızılay/Ankara, Türkei
Tel. + 90 312 417-9200
Fax + 90 312 418-3967
E-Mail: tkbhaberlesme@kalkinma.com.tr
www.tkb.com.tr

Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer

Yeniköy Cad. No: 88

34457 Tarabya/Istanbul, Türkei

Tel. + 90 212 363-0500

Fax + 90 212 363-0560

E-Mail: info@dtr-ihk.de

www.dtr-ihk.de

Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer Unternehmerverband e.V.

Opladener Straße 8

50679 Köln, Deutschland

Tel. + 49 221 540-2200

Fax + 49 221 540-2201

E-Mail: info@td-ihk.de

www.td-ihk.de

Ausgewählte Partner im Enterprise Europe Network

Antalya Chamber of Commerce and Industry

Göksu Mah. Çevreyolu No: 531

07260 Antalya, Türkei

Tel. + 90 242 314-3737

Fax + 90 242 314-3738

E-Mail: info@atso.org.tr

www.atso.org.tr

Kayseri Chamber of Commerce

Cumhuriyet Mahallesi, Tennuri Cad. No: 6

Kicikapı

38040 Kayseri, Türkei

Tel. + 90 352 222-4528

Fax + 90 352 232-8412

E-Mail: kaytic@kayserito.org.tr

www.kayserito.org.tr

Istanbul Chamber of Industry

Meşrutiyet Cad. No: 62 Tepebaşı

34430 Istanbul, Türkei

Tel. + 90 212 252-2900

Fax + 90 212 249-5084

E-Mail: info@iso.org.tr

www.iso.org.tr

Links

**Ministerium für Energie und
Naturressourcen**

www.enerji.gov.tr

Umwelt- und Forstministerium

www.cevreorman.gov.tr

Wirtschaftsministerium

www.sanayi.gov.tr

Die thematischen Programme der Europäischen Union für Energie und Umweltschutz

Die besondere Bedeutung von Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung im Energiebereich zeigt sich in den thematischen Programmen der Europäischen Union. Diese europaweit aus-geschriebenen Programme dienen der Finanzierung von Projekten mit europäischer Dimension und werden von der Europäischen Kommission direkt verwaltet. In der Regel werden Projekte von Konsortien gefördert, die aus Partnern verschiedener europäischer Länder bestehen. Im Mittelpunkt stehen die gemeinsame Entwicklung von neuen Verfahren und Demonstrationsprozessen, der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch, die Anwendung neuer Technologien und die Stärkung von Forschung und Entwicklung in speziellen Arbeitsfeldern.

Öko-Innovation im Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

Die EU-Initiative „Öko-Innovation – Erstanwendung und Markteinführung“ ist Teil des Unterprogramms „Unternehmerische Initiative und Innovation“. Beides gehört zum Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation („Competitiveness and Innovation Framework Programm“, CIP) der Europäischen Kommission. Die Förderung von Öko-Innovationen dient der Umsetzung des Aktionsplans für Umwelttechnologie („Environmental Technologies Action Plan“, ETAP) der Europäischen Union. Für diese Förderung werden von 2008 bis 2013 rund 200 Mio € bereitgestellt.

EU
Exekutivagentur für
Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
[http://ec.europa.eu/environment/
eco-innovation](http://ec.europa.eu/environment/eco-innovation)

Gefördert werden Projekte, die zur Erstanwendung und Marktetablierung von innovativen Technologien und Verfahren beitragen oder helfen, Barrieren bei der Markteinführung von öko-innovativen Produkten zu überwinden, besonders von kleinen und mittleren Unternehmen. Die zu fördernden Verfahren, Produkte oder Herstellungsprozesse sollten bereits die technische Demonstrationsphase erfolgreich durchlaufen haben.

In jährlichen Aufrufen zur Einreichung von Vorschlägen (Calls for Proposals) definiert die Europäische Kommission konkrete Themenfelder für die zu fördernden Projekte. Im Jahr 2009 liegt der Schwerpunkt auf Projekten in den Sektoren Materialrecycling, Bau, Nahrungsmittel sowie Ökologisierung von Betrieben und Intelligenter Einkauf („Greening Business“/„Smart Purchase“). Förderbare Projekte sind unter anderem die Einführung innovativer Verfahren zur Abfallsortierung oder die Einführung innovativer Produkte aus wiederverwertbaren Materialien. So kann im Bausektor beispielsweise der Einsatz nachhaltiger Baumaterialien bezuschusst, im Lebensmittelsektor können Verfahren zum effizienteren Wasserverbrauch unterstützt werden.

Das Durchschnittsvolumen der Förderung lag bisher bei 800.000 € pro Projekt bei einer Förderquote von maximal 50% der förderbaren Kosten (dazu gehören vor allem Personal- und projektbezogene Sachausgaben). Nicht förderfähig sind Forschungsvorhaben. Antragsberechtigt sind juristische Personen (bevorzugt Unternehmen) aus der Europäischen Union und aus den EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen. Außerdem können Anträge aus Albanien, Serbien, Kroatien, der Türkei, Mazedonien, Montenegro, Israel sowie einigen anderen Nicht-EU-Ländern gestellt werden. Die Anträge sind im Online-Verfahren bei der Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EACI) in Brüssel einzureichen. Vor der endgültigen Einreichung besteht die – empfehlenswerte – Möglichkeit, den Antrag von der EACI vorprüfen zu lassen.

NRW

ZENIT GmbH

Frank Herrmann

Tel. + 49 208 30004-80

Fax + 49 208 30004-61

E-Mail: hn@zenit.de

www.nrweuropa.de

EU

Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit
und Innovation

<http://ec.europa.eu/energy/intelligent/>

NRW

Nationale Kontaktstelle Energie
Projektträger Jülich PTJ

Claudia Häfner

Tel. + 49 2461 61-5277

E-Mail: eu-energie@fz-juelich.de

www.fz-juelich.de/ptj/nks-energie/

Intelligente Energie Europa II (IEE)

Das Programm Intelligente Energie Europa II (IEE) ist ebenfalls Bestandteil des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und hat ein Budget von 727 Mio € (2007 bis 2013).

Mit den Mitteln werden Projekte in drei Bereichen gefördert:

- Verbesserung der Energieeffizienz und rationelle Nutzung von Energiequellen (SAVE)
- Förderung von neuen und erneuerbaren Energiequellen und Diversifizierung der Energieversorgung (ALTENER)
- Verbesserung der Energieeffizienz und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen im Verkehrswesen (STEER)

Im Mittelpunkt stehen nicht-technische, unterstützende Maßnahmen zur Marktverbreitung und Promotion von Technologien im Bereich erneuerbare Energien. Förderbare Projekte sind beispielsweise Pilotprojekte zur Informationsverbreitung, Analysen und Benchmarking sowie Konzeptentwicklungen. Darüber hinaus werden regionale und lokale Energieagenturen, aber auch thematisch spezialisierte Initiativen, zum Beispiel Energiedienstleistungen, Bioenergieunternehmen, Initiativen zu Standardisierungsfragen oder zu Kraft-Wärme-Kopplungen, gefördert.

Jährlich werden Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen in ausgewählten Aktionsbereichen veröffentlicht. In der Regel stellen europäische Konsortien Projektanträge, in denen Unternehmen, Industrieverbände, Vereine und Verbände, Gebietskörperschaften oder Städtenetzwerke mitwirken können. Die Durchschnittsgröße der Projekte liegt bei 1,0 bis 1,5 Mio €. Es können bis zu 75% der förderfähigen Kosten bezuschusst werden.

7. Forschungsrahmenprogramm

Spezifisches Programm Zusammenarbeit – Themenbereich Energie

Das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union hat ebenfalls einen Schwerpunkt auf den Bereichen Energie und Energieeffizienz. Das Budget dafür umfasst von 2007 bis 2013 insgesamt 2,3 Mrd €. Damit werden transnationale Forschungsprojekte gefördert, die zu einer nachhaltigeren Energiewirtschaft mit einem breiteren Energieträgermix beitragen. Weitere Forschungsziele sind die Steigerung von Energieeffizienz für eine bessere Sicherheit bei der Energieversorgung und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Energieunternehmen.

Es werden vor allem Kooperationen (Verbundprojekte) zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen gefördert. Darüber hinaus wird die Bildung von Exzellenznetzen (Network of Excellence, NoE) zwischen mehreren Forschungseinrichtungen unterstützt. Anträge können Unternehmen, Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitutionen sowie öffentliche Einrichtungen stellen. Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen werden in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Die Förderquote variiert je nach Aktivität im Projekt und Typus des Antragstellers zwischen 50 und 100%.

EU

Webportal CORDIS der Europäischen Kommission
<http://cordis.europa.eu/fp7/dc/>

NRW

Nationale Kontaktstelle Energie
Projektträger Jülich PTJ
Degenhard Peisker
Tel. + 49 2461 61-3266
E-Mail: eu-energie@fz-juelich.de
www.fz-juelich.de/ptj/nks-energie/

LIFE + – das Finanzierungsinstrument für die Umwelt

EU

Europäische Kommission, GD Umwelt

<http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifeplus.htm/>

NRW

Ministerium für Umwelt und
Naturschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz des Landes NRW
Ingrid Rudolph

Tel. + 49 211 4566-547

Fax + 49 211 4566-947

E-Mail: ingrid.rudolph@munlv.nrw.de

www.umwelt.nrw.de/naturschutz/

[foerderprogramme/eu_](#)

[foerderprogramm/index.php](#)

LIFE + ist das Programm der Europäischen Union für Umwelt und Naturschutz. Hauptziele von LIFE + sind die Bekämpfung von Klimaveränderungen, der Erhalt der biologischen Vielfalt, die Minimierung negativer Umweltauswirkungen auf die Gesundheit und der nachhaltige Umgang mit Ressourcen und Abfällen. Das Programm ist mit einem Gesamtbudget von 2,1 Mrd € (2007–2013) ausgestattet.

In den drei Säulen „Natur und Biologische Vielfalt“, „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ sowie „Information und Kommunikation“ werden Projekte mit bis zu 50% der förderfähigen Kosten bezuschusst. Förderfähige Projekte können beispielsweise sein: der Aufbau und Unterhalt von Netzwerken und Datenbanken mit Bezug zu Umweltpolitik, Studien und Analysen, Modelle und Szenarien im Natur- und Umweltschutz, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen oder Demonstrationsvorhaben für innovative Konzepte, Technologien und Instrumente. Das thematische Spektrum erfasst die Bereiche Klima, Wasser, Luft, Boden, Städtische Umwelt, Lärm, Chemikalien, Umwelt und Gesundheit, Natürliche Ressourcen, Abfall und Wälder. Förderanträge können öffentliche Einrichtungen, Gebietskörperschaften, Unternehmen, Umweltorganisationen sowie Naturschutzeinrichtungen stellen.

Etwa die Hälfte des Budgets ist für den Naturschutz reserviert. Für Deutschland stehen im Jahr 2009 rund 26 Mio € zur Verfügung. Die Mittel werden entweder als Zuschüsse vergeben oder zur Finanzierung öffentlicher Aufträge verwendet. Jährlich werden mehrere Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen (Calls for Proposals) veröffentlicht. Ansprechpartner für Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Unterstützungsprogramm für die IKT-Politik der EU (ICT PSP)

Das Programm ICT PSP („Information and Communication Technologies – Policy Support Programme“) ist ein weiteres spezifisches Programm aus dem Rahmenprogramm Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP). Das Gesamtbudget umfasst rund 730 Mio € in der Förderperiode 2007 bis 2013. Im Mittelpunkt stehen Projekte, Netzwerke und Aktionen zur Verbreitung und bestmöglichen Nutzung von innovativen Lösungen, die auf modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) basieren.

Ein Förderbereich des Programms widmet sich dem Thema „IKT für Energieeffizienz und Umwelt“. Die konkrete Themenstellung ändert sich von Ausschreibung zu Ausschreibung. In den letzten Calls waren beispielsweise Pilotprojekte gefragt, bei denen mit IKT-basierten Lösungen die Energieeffizienz im sozialen Wohnungsbau verbessert oder das Transportwesen im ländlichen Raum energieeffizient gesteuert werden kann.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission zur Bildung thematischer Netzwerke aufgerufen, die sich mit IKT-basierten Verfahren für Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel beschäftigen oder mit dem Erfahrungsaustausch über nachhaltige Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien im ländlichen Raum.

Die Europäische Kommission veröffentlicht regelmäßig Aufrufe zum Einreichen von Projektvorschlägen. Antragsberechtigt sind internationale Konsortien mit Teilnehmern aus mindestens vier EU-Mitgliedstaaten oder assoziierten Ländern (dies sind derzeit Island, Liechtenstein, Norwegen, Kroatien und die Türkei). Die durchschnittliche EU-Förderung pro Pilotprojekt beträgt zwischen 2 und 3 Mio €. Damit können maximal 50% der förderfähigen Kosten mit einem Aufschlag von 30% Gemeinkosten auf die Personalkosten abgedeckt werden. Thematische Netzwerke werden ausschließlich über Pauschalen gefördert. Die maximale Förderung für Netzwerkprojekte beträgt 500.000 €.

EU

Europäische Kommission,
GD Informationsgesellschaft und Medien
http://ec.europa.eu/information_society/activities/ict_esp/

NRW

Nationale Kontaktstelle ICT PSP
ZENIT GmbH
Doris Scheffler
Tel. + 49 208 30004-74
Fax + 49 208 30004-29
E-Mail: ds@zenit.de
www.nrw.europa.de

NRW.Europa – Das Enterprise Europe Network in Nordrhein-Westfalen



Wir stehen Unternehmen zur Seite

Wer sich in Nordrhein-Westfalen über europäische Förderprogramme, Forschungsaktivitäten, Ausschreibungen, Kooperationsbörsen oder Entwicklungen innerhalb der Gesetzgebung informieren möchte, ist bei NRW.Europa an der richtigen Adresse. Das Konsortium aus ZENIT GmbH und NRW.BANK ist seit 2008 Partner im Enterprise Europe Network. Dieses Netzwerk wurde von der Europäischen Kommission als Nachfolger der Euro Info Centres und Innovation Relay Centres gegründet. In rund 600 regionalen Einrichtungen in fast 40 Ländern stehen etwa 4.000 Experten bereit, um vorrangig kleine und mittlere Unternehmen, aber auch forschungsnahe Institutionen wie zum Beispiel Hochschulen, bei innovativen Vorhaben und grenzüberschreitenden Aktivitäten zu begleiten.

NRW.Europa berät und informiert zu aktuellen Entwicklungen und Gesetzesvorhaben in der EU, zu EU-Förderprogrammen, zum 7. Forschungsrahmenprogramm sowie zu Innovations- und Technologietransfer und wird von einem breiten Kreis aus Wirtschaft und Wissenschaft unterstützt. Zu diesen „Stakeholdern“ gehören u. a. die EnergieAgentur.NRW und die Effizienz-Agentur NRW (EFA). Ziel dieser Partnerschaft sind gemeinsame Aktivitäten wie beispielsweise Veranstaltungen, Publikationen, Fachseminare und die Unterstützung projektbezogener Arbeiten.

NRW.Europa bietet Unternehmen, die an Aktivitäten im Ausland interessiert sind, eine umfassende Beratung. Dazu gehören die Unterstützung bei der Entwicklung einer Strategie zur Internationalisierung und die Vermittlung von Geschäftspartnern, zum Beispiel über Kooperationsbörsen im Rahmen internationaler Messen oder über individuelle Kooperationsgesuche.

Wenn es um die Finanzierung von Unternehmensaktivitäten im Ausland geht, ist das Beratungszentrum Ausland der NRW.BANK der richtige Ansprechpartner. Als Spezialist für öffentliche Förder- und Finanzierungsinstrumente, so unter anderem für die EU-Strukturfonds und die thematischen Programme der EU, berät die NRW.BANK vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei Auslandsvorhaben.

NRW.Europa vertritt die Region Nordrhein-Westfalen zudem auf europäischer Ebene in thematischen Arbeitskreisen (den sogenannten „Sector Groups“). Ziel dieser Sector Groups ist es, sich über Themen und zukünftige Entwicklungen in 18 verschiedenen Bereichen auszutauschen, die für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union von Bedeutung sind. NRW.Europa hat in den Sector Groups Umwelt und Sicherheitstechnik den Vorsitz und ist in vier weiteren vertreten.

Kontakt

ZENIT GmbH

**Zentrum für Innovation und Technik
in NRW**

Bismarckstraße 28

45470 Mülheim an der Ruhr

Tel. + 49 208 30004-0

Fax + 49 208 30004-87

E-Mail: info@zenit.de

www.zenit.de

NRW.BANK

Beratungszentrum Ausland

Kavalleriestraße 22

40213 Düsseldorf

Tel. + 49 211 91741-4000

Fax + 49 211 91741-7280

E-Mail:

beratungszentrum_ausland@nrwbank.de

www.nrwbank.de

Internet

www.nrweuropa.de

NRW.BANK.Ausland – Förderung für die Außenwirtschaft



Die NRW.BANK bietet mittelständischen Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen ein umfangreiches Angebot zur Finanzierung ihrer wachsenden Auslandsaktivitäten an. Mit den Produkten NRW.BANK.Ausland Invest und NRW.BANK.Ausland Export können Unternehmen ihre Finanzierungsspielräume erweitern. Ziel dabei ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in einem globalisierten Markt zu stärken und so Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu sichern.

NRW.BANK.Ausland Invest

Mit dem Programm NRW.BANK.Ausland Invest stellt die NRW.BANK einen zinsverbilligten Investitionskredit zur Deckung des mittel- und langfristigen Finanzierungsbedarfs bei geplanten Investitionen im Ausland bereit. Förderfähig sind Investitionsvorhaben im Ausland einschließlich Erwerb oder Errichtung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen. Darüber hinaus werden Kosten mitfinanziert, die im Zusammenhang mit der Gründung, dem Aufbau oder der Erweiterung einer Niederlassung oder von Tochtergesellschaften im Ausland anfallen. Die Kosten für vorbereitende Untersuchungen und Projektstudien für das Investitionsvorhaben können in einem Gesamtvolumen bis zu 30% der geförderten Investitionen ebenfalls mitfinanziert werden. Die Laufzeit beträgt 4 bis 10 Jahre.

Die Darlehensbeträge liegen zwischen 125.000 € und maximal 5 Mio €. Für Unternehmen, die bereits seit zwei Jahren erfolgreich am Markt tätig sind, besteht zusätzlich die Option einer 50%-igen Haftungsfreistellung der Hausbank durch die NRW.BANK.

NRW.BANK.Ausland Export

Das Programm NRW.BANK.Ausland Export hat das Ziel, mittelständischen Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen den Zugang zu Exportgarantien zu erleichtern. Dazu bietet es Hausbanken, die im Auftrag mittelständischer Unternehmen Exportgarantien für ausländische Importeure stellen, eine bis zu 50%-ige Rückgarantie an. Förderfähig sind auftragsbezogene Exportgarantien wie Bietungs-, Anzahlungs-, Lieferungs-, Leistungs- und Gewährleistungsgarantien durch die Hausbank auf der Basis von Kreditverträgen über Einzelavale oder Avalrahmen. Pro Antragsteller übernimmt die NRW.BANK einen Risikobetrag bis zu 2,5 Mio €. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass das Unternehmen seit mindestens zwei Jahren erfolgreich am Markt tätig ist.

Antragsberechtigt für die Produkte sind Angehörige der freien Berufe und Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft aus Nordrhein-Westfalen, die sich mehrheitlich im Privatbesitz befinden und deren Jahresumsatz (einschließlich verbundener Unternehmen) 500 Mio € nicht überschreitet. Die Beantragung der Produkte erfolgt über die Hausbank des Unternehmens.

Kontakt

NRW.BANK

Beratungszentrum Rheinland

Kavalleriestraße 22

40213 Düsseldorf

Tel. + 49 211 91741-4800

Fax + 49 211 91741-9219

E-Mail: info-rheinland@nrwbank.de

www.nrwbank.de

NRW.BANK

Beratungszentrum Westfalen

Johanniterstraße 3

48145 Münster

Tel. + 49 251 91741-4800

Fax + 49 251 91741-2666

E-Mail: info-westfalen@nrwbank.de

www.nrwbank.de

Die EnergieAgentur.NRW – Dienstleister des Landes NRW für alle Energiefragen



Die **EnergieAgentur.NRW** arbeitet im Auftrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen als operative Plattform mit breiter Kompetenz im Energiebereich: von der Energieforschung, technischen Entwicklung, Demonstration und Markteinführung über die Energieberatung bis hin zur beruflichen Weiterbildung. In Zeiten hoher Energiepreise gilt es mehr denn je, die Entwicklung von innovativen Energietechnologien in NRW zu forcieren und von neutraler Seite Wege aufzuzeigen, wie Unternehmen, Kommunen und Privatleute ökonomischer mit dem immer kostbarer werdenden Gut Energie umgehen oder erneuerbare Energien sinnvoll einsetzen können. Die EnergieAgentur.NRW bietet in Kompetenz-Netzwerken den Unternehmen im Land Plattformen für strategische Allianzen an. Darüber hinaus werden Energieberatungsleistungen in Form von Initial- und Contractingberatungen für Unternehmen und Verwaltungen sowie Informations- und Weiterbildungsangebote für Fach- und Privatleute angeboten. Auch die Schulungen des Nutzerverhaltens gehören zum Aufgabenbereich.

In den Schwerpunktbereichen „Energieeffizienz und Erneuerbare Energien für Unternehmen und Kommunen“, „Energieeffizientes und solares Bauen“, „Innovative Kraftwerke und Netztechnik“, „Biomasse“, „Kraftstoffe und Antriebe der Zukunft“, „Brennstoffzelle und Wasserstoff“ sowie „Solarenergie“ werden technische Innovationen vorangetrieben, der Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft forciert, umfassende Beratungs- und Weiterbildungsleistungen angeboten und Unternehmen aus NRW im Bereich Außenwirtschaft unterstützt. Somit steht die EnergieAgentur.NRW als zentraler Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Thema Energie zur Verfügung.

Einige Instrumente der EnergieAgentur.NRW

In **Kompetenz-Netzwerken** für Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen konzentrieren sich die Aktivitäten der EnergieAgentur.NRW darauf, Innovationsprozesse in NRW zu forcieren, Kooperationen und operative Allianzen anzubahnen sowie Markteinführungen von innovativen Produkten national und international zu beschleunigen.

Bei der **Initialberatung** informieren Ingenieure der EnergieAgentur.NRW über energetische Schwachstellen – von der Gebäudetechnik bis zu Produktionsabläufen. Das Spektrum reicht von der Heizungsanlage über die Wärmerückgewinnung bis zur Dämmung als Schutz vor Wärme und Kälte in großen Werkshallen, von der Leckagesuche bis zur Erstellung von Energiekonzepten. Die Ingenieure beraten zu Fördermöglichkeiten, verhelfen Unternehmen zur Minderung der Energiekosten und tragen somit zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bei.

Energieweiterbildung: Die EnergieAgentur.NRW bietet eine Reihe von Weiterbildungsseminaren – auch für Endverbraucher – an. Die 50 Seminare können von Weiterbildungseinrichtungen, Energieversorgungsunternehmen, Verbänden, Vereinen, Hochschulen, Kommunen und Unternehmen in NRW genutzt werden. Im Rahmen dieses Programms werden zudem Aktionswochen „E-fit“ für Belegschaften von Unternehmen angeboten. Mit dem Wissensportal Energie bietet die EnergieAgentur.NRW eine Online-Plattform an, die auch eine berufliche Aus- und Weiterbildung im Internet ermöglicht.

Landesweite Kampagnen und Gemeinschaftsaktionen wie „Mein Haus spart“ (www.mein-haus-spart.de), „50 Solarsiedlungen in NRW“ (www.50-solarsiedlungen.de), „Photovoltaik NRW“ (www.photovoltaik.nrw.de), die „Aktion Holzpellets“ (www.aktion-holzpellets.de) oder der „Wärmepumpen-Marktplatz NRW“ (www.waermepumpen-marktplatz-nrw.de) informieren die Bürger in NRW über umweltfreundliche und innovative Heiztechniken und geben weitere Tipps zum Energiesparen.

Kontakt

Für die Bereiche Innovationen und Netzwerke:

EnergieAgentur.NRW

Haroldstraße 4

40213 Düsseldorf

Tel. + 49 211 86642-0

Fax + 49 211 86642-22

Geschäftsführer:

Dr. Frank-Michael Baumann

Für die Bereiche Energieberatung und Weiterbildung:

EnergieAgentur.NRW

Kasinostraße 19–21

42103 Wuppertal

Tel. + 49 202 24552-0

Fax + 49 202 24552-30

Geschäftsführer:

Prof. Dr. Norbert Hüttenhölcher

Internet

www.energieagentur.nrw.de

Quellen

Die Informationen wurden auf der Basis öffentlich zugänglicher Texte der jeweiligen Operationellen Programme (EU-Strukturfonds) und weiterer Förderprogramme der Länder recherchiert und zusammengestellt.

Zusätzlich wurden Veröffentlichungen und Internetdarstellungen folgender Institutionen verwendet:

ADEME – Agence de l’Environnement et de la Maîtrise de l’Energie, Angers

BEEF – Bulgarian Energy Efficiency Fund, Sofia

BGK – Bank Gospodarstwa Krajowego, Warszawa

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin

DENA – Deutsche Energie Agentur GmbH, Berlin

EIE – Elektrik İşleri Etüt İdaresi Genel Müdürlüğü, Ankara

EKOFUNDUSZ, Warszawa

ENEA – Ente per le Nuove Tecnologie, l’Energia e l’Ambiente, Roma

Europäische Kommission, Brüssel

Europäisches Parlament, Straßburg

Eurostat, Luxemburg

FREE – Fondul Roman pentru Eficienta Energiei, Bucureşti

GTAI – Germany Trade and Invest GmbH, Berlin und Köln

INVITALIA – Agenzia nazionale per l’attrazione degli investimenti e lo sviluppo d’impresa, Roma

MBM Martin Brückner Medien GmbH, Nachrichten für Außenhandel, Frankfurt am Main

Ministère de l’Écologie, de l’Énergie du Développement durable et de la Mer, Paris

Ministerio de Medio Ambiente, Madrid

Ministero dell’Ambiente e della Tutela del Territorio e del Mare, Roma

Ministerstwo Rozwoju Regionalnego, Warszawa

Ministerul Mediului, București

Ministry of Environment and Water, Sofia

NFOŚiGW – Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej, Warszawa

OWC – Verlag für die Außenwirtschaft GmbH, Ost-West Contact, Münster

Agence Régionale de Développement – Île-de-France, Paris

Darüber hinaus bedanken wir uns für die Unterstützung bei:

ASTER Scienza Tecnologia Impresa – S.C.p.a., Bologna

GTAI – Germany Trade and Invest GmbH, Berlin und Köln

IDAE – Instituto para la Diversificación y Ahorro de la Energía, Madrid

IGAPE – Instituto Gallego de Promoción Económica, Düsseldorf

IDEA – Agencia de Innovación y Desarrollo de Andalucía, Sevilla

INEGA – Instituto Enerxético de Galicia, Santiago de Compostela

Invest Bulgaria Agency, Sofia

Invest in France Agency, Düsseldorf

Investment Support and Promotion Agency of Turkey (ISPAT), Köln

TD-IHK – Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer Unternehmerverband e.V., Köln

Impressum

Herausgeber

NRW.BANK

Kavalleriestraße 22
40213 Düsseldorf
Johanniterstraße 3
48145 Münster
www.nrwbank.de

NRW.BANK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Handelsregister:
HR A 15277 Amtsgericht Düsseldorf
HR A 5300 Amtsgericht Münster
Zuständige Aufsichtsbehörde:
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:
DE 223501401

Redaktion

Ingrid Hentzschel (verantwortlich)
Susanne Bauer, Heide Bertels, Ulrike Kugler, Sarah Nisi
Tel. + 49 211 91741-4000
Fax + 49 211 91741-7280
beratungscenter_ausland@nrwbank.de

in Kooperation mit

EnergieAgentur.NRW
c/o Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Stephanus Lintker
Projektleiter Außenwirtschaft
Tel. + 49 211 86642-12
Fax + 49 211 86642-22
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
lintker@energieagentur.nrw.de
www.energieagentur.nrw.de

Gestaltung und Produktion

Westteam Marketing GmbH
Düsseldorf, September 2009

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Vorträge und auszugsweise Veröffentlichung. Jede Verwertung ist nur mit Zustimmung der NRW.BANK gestattet.

Haftungsausschluss

Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte übernimmt der Herausgeber keine Gewähr.

Redaktionsschluss: 15. August 2009

NRW.Europa wird gefördert durch die Europäische Union, das Land Nordrhein-Westfalen und die NRW.BANK.



Europäische Kommission
Generaldirektion Unternehmen und Industrie



Mix
Produktgruppe aus vorbildlich
bewirtschafteten Wäldern und
Recyclingholz oder Fasern

Zert.-Nr. GFA-COC-001546
www.fsc.org
© 1996 Forest Stewardship Council



Wir stehen Unternehmen zur Seite



Bulgarien



Frankreich



Italien



Polen



Rumänien



Spanien



Türkei